

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Sonntag den 26. Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die Lübedische Fabrik-Inspektion im Jahre 1899.

II.

o- Eines der dürgstigten Kapitel im Fabrikinspektorenbericht für das Jahr 1899 ist wohl dasjenige über die jugendlichen Arbeiter. Was Herr Johannsen hier zu berichten weiß, geht thatsächlich nicht über einige wenige, ganz nichtsagende Ziffern hinaus. Bei seinen Revisionen hat er zwei, noch dazu recht unbedeutende Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze entdeckt: das Verzeichniß der jugendlichen Arbeiter war nicht, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, im Fabrikraum ausgehängt worden. Bei dem regen, und „für beide Theile zufriedenstellenden Verkehr“, den Herr Johannsen mit den Unternehmern auch im Berichtsjahr gepflogen hat, mußte es ihm doch aber ein Leichtes gewesen sein, auch über die Lübnung der Fabriklehrlinge, die Dauer ihrer Lehrzeit und anderes mehr, was durchaus nicht so unwichtig zur Beurtheilung der Lage der jugendlichen Arbeiter ist, zu erfahren. Zweifellos würden Mittheilungen dieser Art unendlich wichtiger gewesen sein, als der ziffermäßige Nachweis über den Besuch der Gewerbeschule, die noch dazu doch nicht allein von den der Fabrikinspektion unterstellten jugendlichen Arbeitern bezw. Lehrlingen besucht wird. Uebrigens braucht es, um Näheres über den Besuch der Gewerbeschule zu erfahren, keines Fabrikinspektorenberichtes, das kann man allenfalls auch aus dem Jahresbericht der betreffenden Schulbehörde erfahren.

Die ganze Rückständigkeit der Lübschen Fabrikinspektion in sozialen Dingen offenbart sich jedoch am kräftigsten in dem, was Herr Johannsen über die Lage der Arbeiterinnen zu sagen weiß. Seine Antworten auf die Fragen des Reichsamts des Innern über die Fabrikthätigkeit verheiratheter Frauen enthüllen eine solche Portion — sagen wir gelinde — Naivität, daß man darüber wahrhaft erstaunen muß. Man höre! Nachdem Herr Johannsen eben erst den Beweis erbracht hat, daß nicht weniger als 43 1 Proz., also nahezu die Hälfte sämmtlicher hiesiger Fabrikarbeiterinnen, verheirathet ist, giebt er seine mehr als eigenthümlichen Gründe an, weshalb diese vielen Ehefrauen in den Fabriken thätig sind. Hier zeigt sich nun, daß das Arbeiterleben für Herrn Johannsen trotz seiner mehrjährigen Thätigkeit als Fabrikinspektor noch immer ein verschleiertes Bild von Sais ist.

Wer nur die geringste Kenntniß vom Thun und Treiben der Arbeiter hat, weiß, daß auch sie, wenn es ihnen nur irgendwie möglich ist, es gern vermeiden, ihre Ehefrauen in die Fabrik gehen zu lassen. Das ist auch für Jedermann, mit Ausnahme des Herrn Johannsen vielleicht, leicht begreiflich. Der Arbeiter hat, ebenso wie die anderen Bürger, ein Recht darauf, daß die treue Hüterin seines Hauses dem Heim tagsüber erhalten bleibt, um dasselbe wohnlich zu erhalten, damit der Arbeiter, wenn er Mittags oder Abends todtmüde und abgerackert aus der Trethöhle des Kapitals zurückkehrt, Ruhe und Erquickung findet, was natürlich nicht im geringsten möglich ist, wenn die Frau erst zu gleicher Zeit mit dem Ehemann heimkehrt; der Arbeiter hat ferner auch ein Recht darauf, daß seine Frau seinen Kindern erhalten bleibt, weil sie sich in mütterlicher Obhut unendlich besser befinden, als wenn sich vielleicht private Wohlthätigkeit ihrer annimmt, während sich die Mutter in der Fabrik befindet. Wenn nun aber, wie Herr Johannsen feststellt, im Jahre 1899 nicht weniger als 344 Ehefrauen, unter denen sich doch nur sicherlich zum geringsten Theile Wittwen, Eheverlassene und Frauen sog. arbeitscheuer Männer befinden haben dürften, in Fabriken scharwerken mußten, so beweist das nicht mehr und nicht minder, als daß es im Jahre 1899 in Lübeck eine ganz beträchtliche Anzahl von männlichen Arbeitern gab, deren Bezahlung recht viel zu wünschen übrig ließ. Diese Arbeiter mußten eben, so bitter es manchem unter ihnen auch angekommen sein mag, ihre Ehefrauen in die Fabrik gehen lassen, weil nur beide Eheleute zusammen im Stande waren zu verdienen, was zum Unterhalte der Familie durchaus nöthig

war. Nach Herrn Johannsen aber war es die Vergnügungssucht, die „Sucht reich zu werden“ und wer weiß was sonst noch die verheiratheten Frauen in ihrer größten Mehrzahl in die Fabriken trieb, wo sie doch nur um immerhin recht fargen Lohn sich abrackern mußten. Heilige Einfalt, die noch so in ägyptischer Finsterniß tappt und den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht!

Bei einer der derartigen sozialpolitischen Rückständigkeit des Beamten der Lübschen Fabrikinspektion, ist es selbstverständlich auch nicht weiter verwunderlich, wenn der Beamte auf Frage 3 des Reichsamts des Innern, anscheinend mit großer innerer Befriedigung, antwortet, daß die Arbeiterinnen in einigen Betrieben — warum hat Herr Johannsen diese Betriebe nicht namhaft gemacht? — noch gerne die 1 1/2 Stunden Mittags- und je 1/4 Stunde Frühstück- bezw. Vesperpause abkürzen würden, „um mehr Geld verdienen zu können“. Hätte sich Herr Johannsen der Mühe unterzogen, die Löhne dieser verheiratheten Fabrikarbeiterinnen festzustellen, so würde er vielleicht gefunden haben, daß sie ganz miserabel bezahlt werden, weshalb ihnen, die gern mehr verdienen wollten, in ihrer Unwissenheit die fast allgemein übliche Arbeitszeit von 10 Stunden noch zu gering dünkte.

Diese Feststellung des Fabrikinspektors, daß noch viele Fabrikarbeiterinnen eine Verlängerung der bereits zehnständigen Arbeitszeit verlangten, sollte besonders den Organisationen der Arbeiter Veranlassung geben, nimmer müde zu werden, diesen noch Blinden die Augen zu öffnen, ihnen begreiflich zu machen, daß ihr Heil nicht einer Verlängerung der Arbeitszeit, sondern vielmehr in einer Verkürzung derselben sowie in der Erhöhung der Löhne ruht.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 24. Januar 1901.

Der Reichstag war heute einmal ausnahmsweise das, was das preussische Abgeordnetenhaus während eines großen Theils der Sitzungen gewohnheitsmäßig zu sein pflegt: der Schauplatz einer heftigen Polemik. Es handelte sich um die Nichtbeförderung von Briefen u. s. w. mit polnischer Aufschrift. Gegen dieses Verfahren wandte sich eine Interpellation der Polenfraktion, die der Abg. v. Glebocki begründete. Der Staatssekretär des Reichspostamts, der Husarengeneral und konservative Ex-Abgeordnete v. Bobielski, antwortete von oben herab, wie er das zu thun pflegt; immerhin trat er den polnischen Edelleuten etwas höflicher entgegen, als es sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber seine löbliche Gepflogenheit ist. Der Demokrat Hausmann, der Freisinnige Dr. Müller-Sagan, der Centrumsmann Noeren, der Pole v. Dziembovski u. s. w. rückten bei der Besprechung der Interpellation dem Staatssekretär energisch auf den Leib, während der Nationalliberale Dr. Sattler sich in chauvinistischen Redensarten und der süddeutsche Konservative Schrempf sich gar in Beschimpfungen der Polen erging. Von sozialdemokratischer Seite sprach Genosse Kunert, welcher überzeugend nachwies, daß die gerügten Maßregeln nur ein Glied in der Kette der systematischen Unterdrückungen mißliebiger Volksstheile sind; während seiner Rede vollführte die Rechte einen Höllenlärm, dieweil der amtsmüde, aber zur Zeit noch amtirende Vizepräsident v. Frege, der gerade den Vorsitz führte, in seiner gewohnten ungeschickten Weise eingzugreifen suchte. — Zu recht vorgegrücker Stunde wandte sich sodann das Haus der Beratung der Vorlage über Versorgung der Hinterbliebenen der Chinakrieger zu. Der konservative Graf Stolberg klagte in elegischen Tönen darüber, daß die Chinasahrer so wenig Gelegenheit gefunden, Lorbeeren um ihre Schlafen zu winden. Dankenswerther war seine leidlich energische Anregung, bei der Gelegenheit endlich einmal auch den Ansprüchen der Invaliden aus den früheren Feldzügen Genüge zu leisten. Der Reichskanzler Graf Bülow, der kurz zuvor den Saal betreten, antwortete, daß dieser Wunsch erfüllt werden solle und eine Vorlage über diesen Gegenstand noch im Laufe dieser Session dem Hause zugehen werde, darob natürlich großer Jubel. — Morgen soll die Chinakrieger-Hinterbliebenen-Versorgungs-Vorlage — man verzeihe das Wortungethüm — weiter beraten und

dann wieder das 12000 Mark-Reichsamt vorgenommen werden.

32. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf v. P. o s a d o w s k y, v. P o d b i e l s k i.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation des Abg. v. Glebocki (Pole) betreffend die Nichtbeförderung von Postsendungen, weil sie polnisch adressirt waren. Der Interpellant richtet an den Reichskanzler die Frage, welche Maßnahmen er zu treffen gedenke, um für die Zukunft solchen Uebelständen vorzubeugen.

Staatssekretär v. Bobielski: Der Herr Reichskanzler hat mich ermächtigt, die Interpellation sofort zu beantworten.

v. Glebocki begründet seine Interpellation unter Aufzählung einer großen Anzahl von Fällen, in denen Postsendungen zurückgewiesen wurden, weil sie polnisch adressirt waren. Die Erbitterung, die dieses Vorgehen in den polnischen Landestheilen erregt hat, ist um so größer, weil man genau weiß, daß die dortigen Postbeamten die polnische Sprache sehr gut verstehen. Der Reichstag sollte doch dafür sorgen, daß solche Zustände nicht weiter fortbauern.

Staatssekretär v. Bobielski: In diesem Fall hat die Provokation ganz allein auf Seiten der polnischen Bevölkerung gelegen. Der § 4 der Postordnung enthält gegen die frühere Fassung nur den Unterschied, daß es jetzt heißt, die Adresse muß deutlich und bestimmt bezeichnet sein. Weiter ist ganz allgemein darauf festzuhalten, daß es notwendig ist, daß der deutsche Ort bei den Briefen steht. Von den gewöhnlichen Briefsendungen, die den Briefkästen anvertraut werden, sind zu unterscheiden die Wertsendungen, für die die Reichspostverwaltung die Verantwortung trägt. Wenn sich auf solchen Wertsendungen unverständliche Ausdrücke befinden, so können wir doch nicht verpflichtet sein, sie zu befördern. Ich habe nun früher nie etwas davon gemerkt, daß in den östlichen Theilen Deutschlands Schwierigkeiten eingetreten wären, bis am 13. Oktober vorigen Jahres in der „Dziennik Posański“ eine Aufforderung an die Leser dieses Blattes erschien, die Adressen polnisch zu schreiben, die Post sei verpflichtet, sie zu befördern. Wo es keine Beamten gäbe, die polnisch könnten, möge die Postverwaltung welche hinchicken. Jetzt fingen plötzlich Leute an polnisch zu schreiben, die früher nicht daran gedacht hatten, und wir wurden mit einer hochfluth polnischer Adressen überflutet, die die meisten Beamten nicht entziffern konnten. Trotzdem habe ich entgegen der Anregung der überarbeiteten Beamten keine Bezirksverfügung gegen die polnische Adressirung erlassen. Daß jenseit Reichwerden aufstehen, liegt nur an den polnischen Agitatoren. Es ist gefragt worden, warum nicht mehr polnische Beamten angestellt werden. Das liegt daran, daß die Beamten von der polnischen Bevölkerung zu sehr beeinflusst werden. Eigenthümlich ist es, daß der Russer im Streit den guten deutschen Namen Wiedermann trägt. (Gr. Heiterkeit.) Wenn Sie mich fragen, wie Abhilfe geschehen soll, so kann ich Ihnen nur sagen, rathen Sie Ihrer Bevölkerung, deutliche Adressen ohne Zusätze zu schreiben. Die Post hat früher keine Briefe zurückgewiesen, sie wird es auch weiterhin nicht thun, sofern die Agitation von Ihrer Seite eingestellt wird. Persönlichen Sie bitte meine Rede in Ihren Blättern, so wird es in kurzer Zeit schon anders werden. (Bravo! bei den Kathol. und Konf.)

Auf Antrag des Abg. Schädler (S.) findet Besprechung der Interpellation statt. Dagegen stehen die Nationalliberalen und Konservativen.

Noeren (S.): Der Staatssekretär hat deutliche und richtige Adressen gefordert, während hier gerade Reichsweite darüber gefügt ist, daß klare und deutliche Adressen nur deshalb nicht für annehmbar erklärt sind, weil sie in polnischer Sprache geschrieben waren. Ob das Vorgehen der Polen provokatorisch gewesen ist, weiß ich nicht, jedenfalls hätte der Staatssekretär den Beweis führen müssen, daß das Vorgehen der Postbehörde gesetzlich zulässig ist, und das hat er nicht gethan. (Sehr richtig! i. Zentr.) Bisher hat die Post ihre Zuverlässigkeit auch in Zeiten politischer Erregung bewiesen. Der Staatssekretär sollte den unteren Beamten doch zeigen, daß sie lediglich ihres Amtes zu walten und sich um politische Strömungen nicht zu kümmern haben. (Sehr. Bravo! im Zentr. und bei den Polen.)

Staatssekretär v. Bobielski: Der Redner wird mir zugeben, daß ich mich bei meinen Maßnahmen niemals von politischen Rücksichten habe leiten lassen. (Hol bei den Soz.) Berechnen von Unterbeamten können natürlich vorkommen, wenn sie zu meiner Kenntniß kommen, soerge ich für Abhilfe. Wir haben nicht angefangen (Heiterkeit) und werden es auch nicht thun, es kann aber auch nicht die Meinung des Hauses sein, daß der Verkehr erschwert werden darf. (Bravo! rechts.)

Kunert (S.): Ich wünschte nur, daß der Herr Staatssekretär die schönen Grundzüge, die er heute ausgesprochen, auch in Thaten umsetzte. Von einer milderen Tonart zu den Unterbeamten haben wir bisher nicht viel gemerkt. Unterbeamte sind gemahregelt worden, weil sie gewerkschaftliche Organisationen hatten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Anschauungen des Postministers sind im einzelnen nicht aufrecht zu erhalten. Wenn zu wenig Beamte vorhanden sind, die polnisch können, dann hat die Behörde einfach die Pflicht, mehr Beamte anzustellen. Merkwürdig hörte es sich aus dem Munde des Ministers an, daß seinen Beamten auf dem Lande von der polnischen Bevölkerung Essen und Trinken verweigert sei. Ja, wie ist es denn in Preußen? Da verlangt man von den Beamten, die in irgend einer Beziehung zur Regierung stehen, daß sie Sozialdemokraten in ihrem Hause keine Wohnung geben. Wie der Staatssekretär es darstellt, befindet er sich im Stande der Abwehr. So liegt die Sache aber nicht. Wir haben auch vor dem Staatssekretär nicht gehört, daß die Post eine neutrale Institution sein und bleiben soll. Das müssen wir aber zum mindesten von ihm verlangen. Der Staatssekretär hat sich leider als Vorgesetzter seiner Untergebenen zum Helfershelfer der Polizei gemacht. Das ist eine furchtbare Blamage für das Deutschthum. (Sehr richtig! s. d. Polen.) Die Post

behörde hat Mißgriffe und Sondermaßnahmen gegen die polnische Bevölkerung getroffen. Das ist ein Ring in der großen Kette der Sondermaßnahmen gegen die Polen. Solchen Sondermaßnahmen begegnen wir auf Schritt und Tritt. Am meisten interessiert uns die Handhabung des Versammlungsrechtes, und ich frage den Reichsanwalt, was er thun will, um das Versammlungsrecht für die polnischen Reichsangehörigen sicher zu stellen. Es ist hauptsächlich aufgehoben nicht nur im Posenen, sondern auch in anderen Gebieten des preussischen Staates. (Zuruf: Zur Sache!) Ich spreche durchaus zur Sache; diese Dinge sind zweifellos von der größten Bedeutung wie jene postfaktischen Beschwerden. Wenn der größte Grundbesitzer sagt, die Arbeiterwohnungen in Ostpreußen seien schlechter als die Schweinefalle, so haben diese Arbeiter auch ein Recht, sich in ihrer Muttersprache darüber zu unterhalten. (Rufe: Post! Post!) Wir bekriegen die Chinesen, die sich doch nur gegen fremde Eindringlinge wehren und wir selbst führen einen Krieg im eigenen Lande gegen deutsche Reichsangehörige. (Stürmische Rufe rechts: Zur Sache!)

Vizepräsident v. Frege: Ich bitte den Herrn Abgeordneten dringend, zum Gegenstand der Interpellation zurückzukehren.

Kunert (SD.) (fortfahrend): An den Polen ist eines der schwersten, gemeinsten Verbrechen begangen worden, das heißt, das den Polen gegenüber in Südafrika geschieht, wo Sie es verurtheilen. Mit Ausnahmegelegen wird man die polnische Bevölkerung nicht zahn machen, denn Ausnahmegelegen helfen immer nur denjenigen, die man unterdrücken will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Geben Sie den Polen ein freies Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht (Rufe rechts: Zur Sache!), dann helfen Sie nicht nur einer einzelnen Partei, sondern dem ganzen Volke, der Kultur und der Zivilisation. (Bravo! b. d. Soz.)

Fürst Rabjowski (Pol.) weist den Vorwurf zurück, daß polnische Agitation getrieben worden wäre. Sie seien nur die richtigen Fürsprecher der Gefühle des polnischen Volkes.

Müller-Sagan (SP.): Auf die Genauigkeit der Adresse wird nicht immer großes Gewicht gelegt. So ist z. B. ein Brief richtig angekommen, der die Adresse trug: Monsieur vor Müller zu bewahren, Berlin, Dreyenstraße Nr. 115. Der Reichspostverwaltung muß jede politische Agitation gleichgültig sein zu Gunsten der Sicherheit des Briefverkehrs. Auch den polnischen Reichsangehörigen muß diese Sicherheit garantiert werden.

Staatssekretär v. Podbielski betont nochmals, daß es nicht lediglich auf die Zweckmäßigkeit der Adressen ankommt, sondern auch darauf, daß alle Briefe fortlaufen.

Dr. v. Dziembowski (B.) Ich konstatire, daß seitens des Staatssekretärs eine Anordnung ergangen ist, wonach Briefe mit polnischen Adressen zurückgekehrt sind. Ich verbitte mich, daß durch die Haltung aller Parteien dieses Hauses eine genügende moralische Gegenwirkung erhalten. (Widerpruch b. d. M.) Wenn der Staatssekretär hat, wie ich den Beamten seine Schwierigkeiten machen, so kann ich nur erwidern, daß die Beamten des Publikums wegen da sind, nicht das Publikum der Beamten. Wir lassen Agitation treiben? Nicht wir haben provoziert, sondern wir sind provoziert worden, wir befinden uns hier außerordentlich in der Noth. (Große Heiterkeit rechts) Den Post- und Gerichtsbehörden sollte die Postkarte verboten sein. (Sehr richtig! links.) Bei der Reichsangehörigkeit von Reichsangehörigen zu sprechen, ist nur eine Phrase.

Staudt (K.) Herr Koenen scheint überlegen zu haben, daß der Staatssekretär nach seiner angekündigten Versicherung keine Verfügung erlassen hat, die zu den Beschwerden der Polen Anlaß geben hat. Auch die Postkarte des Hrn. Dziembowski muß ich zurückweisen. Es bleiben nur wenige Fälle übrig, wo Males zur Beschwerde vorliegt. Eine Reihe dieser Fälle wird vom Staatssekretär noch untersucht. (Bravo! rechts.)

Dr. Sattler (M.) Wir wollen die polnische Bevölkerung durchaus nicht von den Wohlthäten des deutschen Reiches ausschließen. Der Standpunkt, den der Reichsanwalt heute eingenommen hat, schließt nicht aus. Die polnische Bevölkerung sollte nur ihre häuslichen Kenntnisse nicht verheimlichen und die Adressen deutsch schreiben. (Sehr richtig! b. d. M.) Aber in dem Verhören der Polen liegt eben die Tendenz, das Bewußtsein zurückzubringen. Wir werden die Regierung in ihrem Kampfe gegen das Vorbringen der nationalpolnischen Bewegung nach Kräften unterstützen.

Brandt (SP.) hat volles Verständnis für die Klagen der Polen. Am Ende sei eine Postkarte nicht befördert worden, weil sie nicht „Rein“ das Wort „Madame“ auf der Adresse hatte.

Dr. Krzymski (Pol.) behauptet, daß schon im August und September Fälle vorgekommen seien, wo Briefe mit polnischer Adresse als unbestimmbar behandelt wurden.

Staatssekretär v. Podbielski bekräftigt das.

Schramm (K.) Die Herren Polen sollten doch nicht vergessen, daß sie überhaupt noch Polen sind. Die Wohlthäten der deutschen Reichspost zu genießen. (Gr. Heiterkeit.) Die polnischen Kinder genießen deutschen Schulunterricht und müssen daher später in der Lage sein, das Wort „herr“ zu schreiben. Thun sie das nicht, dann muß eben Tendenz dahinter. (Sehr richtig! rechts.) Kom nationaler Standpunkt wollen wir das Verlangen der Polen zurückweisen. (Bravo! rechts.)

Kunert (SD.) bemerkt gegenüber dem Reichsanwalt, daß der geringe Erfolg des deutschen Unterrichts der polnischen Kinder ein- und dadurch zu erklären ist, daß 90 v. H. der Lehrer kein polnisch und 90 v. H. der Schüler kein deutsch verstehen.

Heßmann-Böllinger (SP.) Die Klagen der Herren Polen sind schon sehr deplaciert. (Bravo! links und bei den Polen.) Die Stimmung der Abgeordneten hat er jedenfalls nicht zum Ausdruck gebracht. (Bravo! links.)

Schramm (K.) Die kaiserlichen Beamten sind allerdings anders gesinnt, als die kaiserlichen Beamten, besonders hinsichtlich der Post und des Unterrichts. (Große Heiterkeit links.)

Präsident Graf Ballestrem: Wenn Sie den Vorwurf der Behauptung gegen ein Mitglied des Hauses erheben haben (Rufe rechts: Nein, nein!), so würde das gegen die Ordnung des Hauses verstoßen.

Damit schließt die Rede der Interpellation. Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Besetzung der Heilbrunnener an der China-Expedition und ihrer Hinterbliebenen.

(Der Reichsanwalt bekräftigt das.)

Graf Stolberg-Bergrabe (K.): In den Acten der Beratung ist darauf hingewiesen, daß zwar die Besetzung der alten Jagdschlösser eine nicht ausreichende sei, die China-Expeditionen könnten aber auf die Besetzung dieser Jagdschlösser nicht warten. Ich weiß, die alten Jagdschlösser können noch weniger warten, als die jungen. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen die Expeditionsmitglieder, was ihnen zusteht, aber auch verdienen, bei dieser Gelegenheit eine gründliche Reform der Jagdschlösserübernahme herbeizuführen. (Bravo! rechts.)

Reichsanwalt Graf Ballestrem: Die Forderung, daß die in der Vorlage vorgeschlagenen höheren Gehältern auch den Jagdschlössern aus früheren Jagdschlössern zufließen, ist durchaus berechtigt. (Bravo.) Ich würde deshalb eher Bezug auf die Expeditionsmitglieder, was noch in dieser Session eine gründliche Behandlung der Jagdschlösser aus früheren Jagdschlössern herbeizuführen. (Sehr richtig!)

Der Reichsanwalt wird darauf auf Grund bekräftigt. (Aber die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichs des Jahres.)

## Deutscher Reichstag.

**Die nationalliberale Partei für den Brodwucher.**  
Mit den neuen Handelsverträgen hat sich nach Mittheilungen, die der Vorstand des nationalliberalen Vereins für den Kanton Frankenthal, Rechtsanwalt Köhlig, in einer Vierteljahrssammlung dieses Vereins machte, unlängst der engere Ausschuß des nationalliberalen Vereins der Pfalz beschäftigt. Es ist beschlossen worden, daß die nationalliberale Partei der Pfalz zu Gunsten einer Erhöhung der Zölle auf landwirthschaftliche Produkte entschieden Stellung nehmen soll. Auch die dem Ausschuß angehörigen Industriellen haben sich für Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen. In der voranschicklich noch Ende dieses oder Anfang nächsten Monats stattfindenden Generalversammlung des nationalliberalen Vereins der Pfalz wird über die Angelegenheit berathen und an die pfälzischen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten das Ersuchen gerichtet werden, in diesem Sinne im Reichstage zu wirken. — Man kann sich eigentlich nur darüber freuen, daß die nationalliberale Partei so eifrig daran ist, sich ihr eigenes Glas zu schenken. Mit den Agrariern nimmt sie es im Wettkampfe doch nicht auf. Die städtischen Wähler aber werden sich, wenn sie nicht ganz verungelugt sind, bei ihren nationalliberalen Vertretern für die Vertretung der Lebensmittel auf die richtige Art und Weise zu bedanken wissen.

Eine scharfe Kostprobe wird gegenwärtig über die Hungenbrücke gebrütet. Das zeigt ein dem „Vorw.“ aus Elberfeld mitgetheilter Fall. Ein an einem dortigen, keineswegs sozialdemokratischen, vielmehr kirchlich frommen Handwerksmeister geschriebenes Schreiben, das von seinem Sohn am 11. November in Pfingst geschrieben ist, gelangte eröffnet in die Hände des Adressaten. Daß eine scharfe Kostprobe ausgesendet wird, geht auch aus dem Briefe selbst hervor, in dem es heißt:

Traurig geht es hier zu, wenn ich nur alles schreiben dürfte, aber den Leuten in der Heimath werden schon die Augen geöffnet werden, wenn wir zurückkommen. Ah, wie lehne ich mich wie alle anderen nach der Heimath. Gebe der liebe Gott, daß ich es erlebe. So gesund, wie ich von Hause bin gegangen, komme ich nicht wieder, auch alle anderen nicht.

Das Ausbleiben der Karte zum „Kronungsjubiläum“ ist nach der „Reichs- und Württembergischen Zeitung“ zurückzuführen auf die Haltung der sozialdemokratischen Presse, die schon seit Wochen gehässige und spöttische Artikel über das Jubiläum gezeichnet hat. — Es wäre doch zu sonderbar, wenn Unerfahrene dafür leiden sollten, daß die sozialdemokratische Presse es gewagt hat, bei der geschichtlichen Wahrheit zu bleiben.

Bejehende über Steuerfreiheit führen die Professoren der Universität Jena. In einer vom Professor Dr. Biedert im Auftrage der philosophischen Fakultät und mit Zustimmung des Senats verfaßten Denkschrift an die an der Universität beteiligten Regierungen wird die Steuerfreiheit als ein zu den modernen Staatsverhältnissen und Steuergrundgesetzen im Gegensatze stehendes und zugleich den öffentlichen Leben herrschenden modernen Anschauungen widersprechendes Vorrecht bezeichnet.

„Dieses Vorrecht“, heißt es in der Denkschrift, „so lange es besteht, ist eine Quelle der Verbitterung für die Bürgerlichkeit, in deren Mitte sich unsere Hochschule befindet. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß es die Beziehungen der Universitätsangehörigen zu ihren Mitbürgern vergiftet und ihnen die Theilnahme am öffentlichen Leben in ganz hervorragendem Maße erschwert.“

Sonderbare Schwärmer! werden die Agrarier ausgerufen, wenn sie die Mär vernahmen.

Die Kommission zur Beratung der Seemanns-Ordnung beschäftigt sich in der Donnerstag-Sitzung mit der Frage, ob den Schiffsoffizieren ein gleichlicher Anspruch auf Vergütung für gleiche Ueberstundenarbeit bezw. für Sonn- und Festtagsarbeit zusteht. § 34 der Regierungs-Vorlage lautet: Die Frage. Demgegenüber war aber von einer früheren Kommission beachtet worden, daß die Ueberstundenvergütung für die Offiziere zum mindesten dem Ueberstundenlohn der Schiffleute gleichkommen müsse. Diese Forderung wurde von Raab (Antif.) als Antrag wieder eingebracht. Nach der Befürwortung seines Antrags erging der Regierungskommissar Capt. Leutnant v. Seemann die Wort: Durch Annahme eines solchen Antrages würde im Zukunft die Standeslehre der Offiziere der Kriegsmarine gefährdet, alle Disziplin und Autorität werde gelockert, das Zeugniß der Schiffsoffiziere werde herabgedrückt! Darauf aufmerksam gemacht, daß es dem parlamentarischen Prinzip entspricht, einen Antrag erst durch den Antragsteller begründen zu lassen, trat er das Wort an den Abg. Raab ab, der seine Ausführungen als „Ueberparierung militärischer Verhältnisse“ kennzeichnete. Nach eingehender Begründung des Antrages erwiderte der Regierungskommissar, daß er über diese Frage eine Enquete bei 40 der größten Handelsreedereien veranstaltet habe. Die Resultate dieser Enquete seien durch den Reichsanwalt durch den Mund ihrer Revidenten — ertheilte Antwort sprach sich mit wenig Ausnahmen gegen eine Vergütung der Ueberstunden aus. Senator Brühl-Bremen beschwor denn die Kommission, im Interesse der Vaterlande, zur Erhaltung der Disziplin in der Handels- und Kriegsmarine durch Ablehnung des Antrages beizutragen. Nach lebhafter Debatte sprach sich auch das Centrum, welches früher für den Beschluß gewesen, angesichts dieser Stellungnahme der Regierung im Interesse der Reeder, gegen den Antrag aus und stützte verschiedene abgemilderte, die „freie Vereinbarung“ einschließende Anträge, über die jedoch wegen zu weit vorgeschrittener Zeit nicht mehr abgestimmt werden konnte. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

**Kleine politische Nachrichten.** Die Prager Entschlüsse haben völlig Fiasko gemacht. Die Petitionskommission des Reichstages hat Mittwoch die Petition betreffend die Aufhebung der Reichssteuer verurtheilt. Sie empfiehlt Abgang zur Tagesordnung, wie in voriger Tagung. Auch die feurigste Verehrtheit des Organs des Bundes der Landwirthe hat also nicht genügt. Unser herzlichstes Beileid! — Die Budgetkommission des Reichstages setzte Mittwoch die Beratung des Reichs-Eisenbahnetats fort. Ein längere Debatte entspann sich bei der Forderung für Kohlen, Holz und Breifreis: 6360000 Mk., b. h. 2104000 Mk. mehr als für das Vorjahr. Verschiedene Redner rätten, daß im diesjährigen Etat höhere Preise für Kohlen eingesetzt sind, zumal es zweifelhaft sei, ob die Kohlenpreise sich auf der bisherigen Höhe halten würden. Nach längerer Debatte wurde auf Antrag des Abg. Müller-Sagan von dieser Forderung der Betrag von 1/2 Millionen gestrichen. — Von einem Strafverlaß antwortete das preussische Kronungsjubiläum meldet die „Meyer Ztg.“. Darnach wurde in der Garnison Wez den Bestrafen der Best militärischen Strafen bis zu sechs Wochen, die am 18. Januar angetreten waren, erlassen. — In der Wahlprüfungskommission des Reichstages wurde die Wahl des Abg. Grahmann nationalliberalen Vertreters für 4. Marienwerder (Grahmann) beanstandet und abermalige Beweisführung über in Protesten behauptete Unregelmäßigkeiten beschlossen. — Für die Reichstagsersatzwahl in Aachen an Stelle des Zentrumabg. Prof. Hille stellt die Zentrumspartei als Kandidaten den Landtagsabg. Lehrer Sittart auf. Für unsere Partei landwirthschaftlich Genosse Eberle aus Elberfeld. — Der Bundestrat übernahm in der Sitzung am Donnerstag die Mittheilung des Präsidenten des Reichstages über den Beschluß des Reichstages zum Antrage des Abgeordneten Hige und Genossen (Zentrum) an Herbeiführung gesetzlicher Bestimmungen für die Pflege des Friedens zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die weitere Ausgestaltung der Gewerbegerichte sowie die Vorlage, betreffend den Entwurf von Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über die elektrischen Maschinen, den zuständigen Ausschüssen. — Zur Ermordung des Reichstagsabg. v. Krosigk in Gumbinnen meldet die Königsberger „Fortnachtszeitung“: Nach einem Scharfschützen auf dem Scheibenstand ließ Reichstagsabg. v. Krosigk von einer Schwadron die Karabine im Vorraum der Reichshaus ablegen und eine Abtheilung reiten. Er selbst schoß, um die Pferde an den Knall zu gewöhnen, mit Plazpatronen mittels eines Revolvers, als plötzlich durch ein Guckloch der Seitenwand ein scharfer Schuß fiel. v. Krosigk konnte noch den neben ihm stehenden Wachtmeister fragen: „Haben Sie geschossen?“ und brach dann, durch die Brust getroffen, zusammen. Der Tod trat nach vier Minuten ein. Der Karabine, mit dem der Schuß abgefeuert worden war, wurde noch rauchend vorgefunden. Er trug die Nummer 19 und gehörte einem Dragoner, der in der Abtheilung selbst mitrück. Dieser kann also nicht der Mörder sein. Die Untersuchung ist im vollen Gange, doch ist der Thäter bis jetzt noch nicht ermittelt. Von anderer Seite wird noch gemeldet, daß es sich bei dem Mord wahrscheinlich um einen Racheakt handelt. Herr v. Krosigk war Chef der 3. Eskadron des 11. Dragoner-Regiments, die vor zwei Jahren in Stallupönen lag. Schon damals wurde auf den Wachtmeister ein ähnliches, aber glücklicherweise mißlungenes Verbrechen verübt. Der unglückliche Offizier hinterläßt eine Wittwe mit zwei kleinen Kindern. — Der Redakteur der polnischen Wochenchrift „Praca“, Wladislaus Siemionkowski in Polen, wurde wegen Anreizung zu Gewaltthatigkeiten und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, begangen durch einen Artikel „Unser Gefängnis“, der über den polnischen Privatunterricht handelte, zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Diese Strafe wurde in eine Haftstrafe von 6 Monaten Gefängnis abgeändert. — Ueber den Verkauf der bänischen westindischen Inseln an Amerika theilte am Donnerstag im bänischen Folkething bei der Beratung des Budgets der Berichterstatter der Finanzkommission Christoffer Page mit, daß die Mehrheit dieser Kommission geneigt sei, die bänischen westindischen Inseln an Amerika zu verkaufen, falls befriedigende Verkaufsbedingungen zu erreichen sind. Es sei aus rein ökonomischen Gründen rathsam, die Inseln zu verkaufen, weil der Verkauf mit unverhältnismäßig großen Kosten für die Staatskasse verknüpft sei. — Am Präsidenten Krüger haben am Donnerstag in Utrecht Prof. Stollen und Dr. Heymanns die angekündigte Augenoperation vollzogen. — Die sozialistische Partei beschloß, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Brüssel berichtet, mit dem 1. Februar die Agitation für das allgemeine Wahlrecht im ganzen Lande aufzunehmen. — Ueber einen Unfall, der die italienische Marine betroffen hat, wird gemeldet: Bei den Schießübungen des Panzerkanonenbootes „Terribile“ in Spezia plagte eine Kanone. 4 Personen wurden getödtet, 4 verwundet.

## Dänemark.

Die Wahlen zum Folkething finden Ende März resp. Anfang April statt. Vor den letzten Wahlen, im Jahre 1898, wurden zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Radikalen (Linken Reformpartei) gewisse Abmachungen getroffen, um die Stellung gegenüber den Konservativen und Gemäßigten zu regeln. Man erwartete sich daher, daß die Sozialdemokratie in 22 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen sollte, die von den Radikalen unterstützt wurden; in einem Kreis stellte jede dieser beiden Parteien ihren Kandidaten auf und in den übrigen sollte die Sozialdemokratie die Kandidaten der Radikalen unterstützen. Dieses Vorgehen wird durch die eigenthümlichen Parteiverhältnisse Dänemarks erklärt. Auch in diesem Jahre soll in ähnlicher Weise vorgegangen werden. In einer Sitzung des Hauptverbandes der sozialdemokratischen Partei, die vor einigen Tagen stattfand wurde folgendes beschlossen: Bei der Aufstellung von Kandidaten zu der bevorstehenden Folkething-Wahl will die Sozialdemokratie, gerade so wie bei den früheren Wahlen, sich von der Rücksicht leiten lassen, daß den Konservativen und Gemäßigten keine Gelegenheit gegeben wird, die Radikalen aus den Kreisen zu verdrängen, die diese bisher vertreten haben. Des Weiteren will die Sozialdemokratie die Konservativen und Gemäßigten aus so vielen Kreisen wie möglich zu verdrängen suchen und in dieser Absicht mit der radikalen Partei zusammenwirken, in der Voraussetzung, daß bei der Aufstellung von Kandidaten in solchen Kreisen die nöthige Rücksicht auf das Wachsthum und die vermehrte Wählerzahl der Sozialdemokratie genommen wird und die radikale Partei gleichzeitig dazu beitragen will, daß die Wahl von Konservativen und Gemäßigten in den Kreisen, die bisher von Sozialdemokraten vertreten wurden, verhindert wird.

## Rußland.

Schwere wirthschaftliche Kalamitäten werden aus Rußland signalisirt. Die Waareneinfuhr zu der am 21. d. Mts. begonnenen großen Messe, welche für den Binnen-

Handel und für Sibirien von größter Bedeutung ist, ist ungemein schwach. Geldknappheit bewirkt die Geschäftslille. Zahlreiche Großkaufleute haben bekannt gegeben, daß sie bei Baarzahlung einen Extrarabatt bis zu 15 pSt. gewähren. Die Wollpreise sind noch nicht genau festzustellen, jedoch ist anzunehmen, daß sie niedriger sein werden, weil zahlreiche Tuchfabriken zum Theil ihre Thätigkeit ganz eingestellt, zum anderen Theil sehr eingeschränkt haben. Noch schlimmer klingen die Nachrichten aus dem Gouvernement Cherson. Dort herrscht direkt Hungersnoth. Die Regierung beschloß, zur Unterstützung durch Anschaffung von Saatkorn und Brot, sowie zur Veranstaltung von Gratismahlzeiten eine Summe von 500 000 Rubel zu spenden. Für wie Wenige und für welche kurze Zeit wird diese Aufwendung reichen!

### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz kommt die Meldung, daß auf beiden Seiten augenblicklich mit größtem Eifer gekämpft und operirt wird, und daß die Buren die Nachbarschaft von Pretoria noch immer unsicher machen. In der Nähe von Johannesburg erschien ein kleines Kommando ganz überraschend in dem Orte Brakpan, wo sich die großen Elektrizitätswerke befinden, die einen bedeutenden Theil des Nordbitterfelds mit elektrischer Triebkraft versorgen. Diese Werke wurden von den Buren mittelst Dynamit zerstört, was natürlich einen empfindlichen Schaden für die Minen am Witwatersrand bedeutet. Wie der „Standard“ aus Durban meldet, haben die Buren auch die Mandla-Goldminen im Zululand zerstört.

Aus Matjiesfontein, einem größeren Orte an der Bahnlinie von Beaufort West nach Kapstadt, also tief im Süden der Kapkolonie, kommt eine Nachricht, welche drastisch erweist, wie wenig die Darstellung der englischen Behörden war, daß die Buren wenig oder gar keine Unterstützung bei den Kapländern fanden. Zwei Mitglieder der Southerlander berittenen Polizei sind wegen Verraths vom dortigen Militärgericht zum Tode verurtheilt worden. Beide sind überführt und geköpft, den Buren Mittheilungen über die Bewegungen der englischen Truppen gemacht zu haben. Und das geschah von Mitgliedern der englischen Polizei, welche man jetzt in Ermangelung von Soldaten gegen die Buren ins Feld führt. Wie mag es da erst mit den Farmern stehen!

Aus Blunfontein wird gemeldet, die Klage gegen den Bürgermeister von Jauresmith wegen angeblichen Verraths ist zurückgenommen worden. Der Bürgermeister ist vorläufig noch Kriegsgefangener.

Wie aus dem Haag gemeldet wird, soll Präsident Krüger jetzt durch französische Vermittelung regelmäßige direkte Telegramme über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz erhalten. Hiernach sei für die nächsten Tage ein allgemeiner Vorstoß unter Delarh nach Natal zu erwarten, während Botha die Delagoa-Linie weiterhin als Operationsfeld beibehalten werde. In aller kürzester Zeit würden die Buren in sämtliche britischen Koloniegebiete Südafrikas eingedrungen sein.

Die neueste Bestialität der englischen Kriegsführung: „Barbon wird nicht gegeben!“ wird auch anderweitig noch bestätigt. In einem Soldatenbrief erzählt der Schreiber, Ritchener habe öffentlich erklärt, die Armee habe Nationen für so und so viele Tage; wenn Gefangene gemacht würden, müßten diese Nationen getheilt werden. In einem Brief, den der „Wolverhampton Express“ veröffentlicht, erzählt ferner der Gemeine John Harris: „Wir machen jetzt keine Gefangene... Ein paar verwundete Buren wurden zurückgelassen. Sie mußten alle durch die Mühle. Jeder wurde getödtet.“ — Die deutsche Presse hat bis jetzt gezögert, dem Schandbefehl Ritcheners die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Aus welchem Grunde wohl?

Nachherige einer Burenmission sind in Berlin eingetroffen. Ein Berliner Blatt meldet: Zwei Buren, der Kommandant Piet Steenkamp und dessen Bruder, Feldkornet Jan Steenkamp, sind aus Bürgerdorp, Kapkolonie, hier angekommen und im Centralhotel abgeblieben. Die beiden Kapländer sind vom Afrikaner-Ausschuß mit einer Mission betraut, welche sie einige Tage in Berlin festhalten und sodann in die übrigen Hauptstädte Deutschlands führen wird.

Aus Durban wird schließlich noch gemeldet: Ein furchtbarer Orkan, welcher mehrere Menschenleben forderte, verheerte die Stadt und Umgegend. Eine Kirche in Bothaville fiel zusammen. Zahlreiche Häuser wurden abgedeckt. Der Schaden ist bedeutend.

### Philippinen.

Der Kampf auf den Philippinen ist nicht nur noch lange nicht beendet, sondern er droht auch, für die Amerikaner einen ungünstigen Ausgang zu nehmen. Der Kleinkrieg erweist sich auch hier für die landfremden Truppen entsetzlich aufreibend. Ramentlich schlimm ist es für diese, daß die Filipinos, gerade wie die Buren im Kaplande, die Sympathie der übrigen Bevölkerung im vollsten Maße besitzen und daher immer und überall in der Lage sind, ihre Lebensmittel, Borräthe u. z. zu ergänzen und im Falle der Noth Schutz und Verstecke zu finden, in denen sie vor den sie verfolgenden Amerikanern vollständig sicher sind. Die Gesamtstreitmacht der Amerikaner auf den Inseln beträgt ca. 63 000 Mann, von denen aber höchstens 40—45 000 Mann feldfähig sind. Vom November 1899 bis September 1900 verloren sie in Gefechten 268 Tode, 795 Verwundete und 65 Gefangene, während von Januar bis Juli 1900 siebenhundertvierundsechzig Mann an Krankheiten starben. Es ist daher nicht erstaunlich, wenn unter den hier garnisontirenden Truppen viel gemurrt wird und heftiges Heimweh vorherrscht. Sogar Offiziere sprechen sich gegen die Politik der Regierung aus, die zum Kriege mit Spanien geführt und diese endlose Kampagne auf den Philippinen veranlaßt hat.

### China.

Vom China-Wirrwarr. So leicht, wie sich Mancher gedacht hat, geht es mit den Friedensverhandlungen nicht. Der chinesische Hof erhebt immer neue Einwendungen. China wünscht jetzt wieder, wie die „Agence Havas“ meldet, daß die Mächte die Klage genau angeben, an denen die Prüfungen für chinesische Beamte zu suspendiren sind, daß sie ferner die Einfuhr von Waffen zur Unterdrückung des Räuberwesens gestatten und das Datum für die Zahlung der Entschädigung festsetzen, eine Erhöhung der Zollabgaben gestatten, die Grenzen des Gesandtschaftsdistrikts festsetzen und schließlich den Zeitpunkt für den Abzug der Truppen bestimmen. — Wie man sieht, hat die Diplomatie der Mächte in den Chinesen ihre Weikler gefunden. Hinzu kommt noch, daß die Eifersucht der Mächte unter einander der John Chinaman gut zu Nutzen kommt. Neuerdings regen sich wieder England und Rußland in den Haaren. Wie

Reuters Bureau aus Shanghai meldet, protestirte der russische Admiral Alexejew bei dem Admiral Seymour gegen die Abblendung des britischen Kanonenbootes, das gegen die Seeküster bei Elliot und den blonden Inseln östlich von der Siatung-Halbinsel vorgehen sollte. Alexejew behauptete, diese Inseln seien russisches Gebiet; Seymour erkannte diese Forderung nicht an und erklärte, er werde über diese Frage erst an seine Regierung berichten.

Graf Walderssee meldet am 21. d. M. aus Peking, es bilden sich in Peking vielfach Räuberherden. Die Engländer haben mit solchen bei Schanghaiwan ein leichtes Gefecht gehabt. Verlust zwei Mann. Ein kleines Detachement unter Hauptmann v. Aker ist am 18. von Yangtun in östlicher Richtung vorgegangen, um die dortige Gegend gemeinsam mit der über Yangtun zurückkehrenden Kolonne Pösmann zu säubern. Die Kolonne Thiemig hat am 16. ohne Zwischenfall Tsiang erreicht und ihren Rückmarsch angetreten. — Ein kleines Detachement unter dem Hauptmann von Wangenheim ist am 21. Januar auf den Wunsch der Ortsbehörde zur Beruhigung der Einwohner nach Schahö, 23 Kilometer nordwestlich von Peking, entsandt worden.

Dem chinesischen Piratenwesen, das sich auch an der Küste recht unliebsam bemerkbar macht, soll die internationale Flotte in der nächsten Zeit energisch entgegenzutreten. Besonders soll eine Flotte im Hafen von Siatung, der Lufanstraße und in der Yangtsiangmündung operiren.

Die Lage in Peking schildern die „Petersburger Wjedomosti“ in einer, vermuthlich vom Fürsten Uchiomski herrührenden Korrespondenz in recht schwarzen Farben. Sie zweifeln an der Milderheit des Kaisers. Graf Walderssee soll die Fruchtlosigkeit längerer Bemühens erkennen. Die deutschen Soldaten könne der Feldmarschall trotz strenger Strafen kaum von dem gewohnten Pflichten abhalten. (?) Die letzten Pflichten der ostasiatischen Politik erschienen ihm als eine Verirrung, Deutschland habe an dem losspieligen Kautschuk übergenug, doch in Berlin höre man nicht auf die Rathschläge des erfahrenen Grafen. Empörend (???) sei die Reichsregierung, daß auch die Russen plünderen. Derlei Fälle seien ganz vereinzelte, (na, na!), während die Engländer den Eynismus so weit trieben, daß Macdonalds Gattin vor Aller Augen in den kaiserlichen Gemächern sich eine kostbare Uhr der Kaiserin aneignete.

Mit dem Bruder des chinesischen Kaisers, Prinzen Tschun, scheinen der Graf Walderssee und der deutsche Gesandte freundschaftlich zu verkehren. Am Montag folgte der deutsche Gesandte einer Einladung des Prinzen Tschun und besuchte diesen in seinem Palaste. Es wurde dabei Thee und Champagner servirt. Der Prinz mit seinem jüngeren Bruder führten den Gesandten durch den großen Park des Palastes. Prinz Tschun äußerte, daß er gern die Pferde der Europäer sehen möchte, worauf der Wagen des Gesandten mit der Ulanenescorte in den Hof des Palastes kam. Am Dienstag erwiderte Prinz Tschun mit seinen beiden jüngeren Brüdern den Besuch des deutschen Gesandten. Zuerst wollte er europäische Musik hören und bat, daß das Korps des Marine-Bataillons spiele. Während des Besuchs erwiderte Graf Walderssee und unterhielt sich mit den beiden Prinzen. Diese bekundeten großes Interesse für die Einwirkung der Gesandtschaft. Sie ließen auch einige Minuten im Hofe des Palastes, um sich dann Photographiren zu lassen. — Danach haben also die chinesischen Prinzen von den europäischen Zivilisatoren schon etwas gelernt; sie lassen sich photographiren, vielleicht auch kinematographiren. Wie ist doch das Kabel so interessant!

Die deutschen Verluste in China stellen sich nach den bisher vorliegenden sieben Verlustlisten auf 103 Offiziere und Soldaten. Davon sind nur 4 im Gefecht gefallen, während die übrigen 99 durch Unglücksfälle oder Krankheit hingerichtet worden sind.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 25. Januar 1901.

Die Lübecker Streitposten-Verordnung vor dem Reichsgericht. In Strafsachen gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Mollenhuth wegen Aufforderung zum Ungehorsam in der bekannten Affäre der Lübecker Streitposten-Verordnung steht vor dem III. Strafsenat des Reichsgerichts am 4. Februar, 9 Uhr Morgens, Termin an. Als Verteidiger fungiren Rechtsanwalt Dr. Sule, Hamburg, und der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Heine, Berlin.

Dem Jahresberichte der hiesigen Zählstelle des Metallarbeiterverbandes für 1900 entnehmen wir folgende Angaben: „Am Schlusse des Jahres 1899 hatte die Zählstelle 615 männliche und 5 weibliche Mitglieder. Aufgenommen wurden 399 männliche und 2 weibliche Mitglieder, zugereist sind 215 Mitglieder. Ordnungsgemäß abgemeldet haben sich 381 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1900 waren 726 männliche und 3 weibliche Mitglieder vorhanden. Es ergibt sich also eine Differenz von 138 Mitgliedern, welche größtentheils unangemeldet abgereist, zum Theil auch aus unbekanntem Grunde der Zählstelle verloren gegangen sind. Von den 729 Mitgliedern waren 287 Schlosser, 111 Hülsenarbeiter, 105 Klempner, 87 Dicker, 41 Schmiede, 35 Metzger, 16 Schlosser, 10 Feilenhauer, je 7 Gelbgießer und Goldarbeiter, 6 Mechaniker, 5 Formner, 3 Heizer, je 2 Goldschmiede, Kupferschmiede und Tischler, und 3 Arbeiterinnen. Es wurden 24 Mitgliederveranstaltungen abgehalten, 4 mit Vorträgen, von denen 2 auf Genossen Kasch, je 1 auf Genossen Bartels und Kollegen Wiffell entfielen. Durchschnittlich waren die Veranstaltungen von 120 Mitgliedern besucht. Es fand auch eine garmischte öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Wassilisch-Berlin sprach. Die örtliche Einnahme betrug 10 889 20 Mark, die örtlichen Ausgaben 1851 23 Mark; da 20 Prozent der Einnahmen laut Statut der Lokalkasse verbleiben, war diese in der Lage, aus ihren Einnahmen hiervon noch 326 61 Mark an die Hauptkasse abzuführen. Diese erhielt insgesammt 6600 Mark leistete dagegen einen Zuschuß von 7300 Mark. An Arbeitslosenunterstützung wurden 640 25 Mark ausbezahlt, an Arbeitslosenunterstützung (in dem letzten Halbjahr) 164 36 Mark, an Unterstützung nach § 2c für durch Krankheit, Sterbefälle pp. in Noth gerathene Mitglieder 282 Mark. Der Streik der Schmiede in Verbindung mit der Ausperrung verursachte eine Ausgabe von 8370 85 Mark. — Der Jahresbericht der hiesigen Zählstelle des Holzarbeiterverbandes enthält folgende bemerkenswerthe Angaben: „Abgehalten wurden 25 Veranstaltungen, darunter sieben mit Vorträgen. Genosse Friedrich sprach dreimal über „Stille Revolutionen“, „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation“ und „Der Kampf um's Recht“; Genosse Kasch zweimal über

„Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ und „Zweck eines Arbeitersekretariats“; Genosse Bartels über „Das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz“ und Genosse Schwarz über „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage“. Die wichtigsten Berathungsgegenstände waren: Berathung der Anträge zum und Berichterstattung vom Verbandstage, die Beitragserhöhung und Berathung über zu stellende Forderungen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl war am Orte 460, in der Umgegend 43, insgesammt also 503. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 110 Mitgliedern = 23 9 pSt. besucht, die Höchstziffer betrug 217, die Mindestziffer 62. An Veranstaltungen wurden ein Sommerfest und eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Rechtsschutz wurde am Orte einmal beansprucht und gewährt, jedoch konnte die strittige Frage nicht prinzipiell entschieden werden, weil der Kollege sich auf einen Vergleich einließ. Drei Möllner Kollegen konnten in Hinblick auf die dortigen schwierigen Verhältnisse nicht berücksichtigt werden. Unterstützung bei Sterbefällen wurden viermal bewilligt. Es starben die Kollegen Hüsmert, Kunis, Plambek und Hamann, sowie die zum Militär eingezogenen Kollegen Schütt und Horig. In der Umgegend wurde eifrige Agitation betrieben, womit 4 Kollegen vom Vorstande beurlaubt waren. Das Resultat — 17 Aufnahmen und 10 Anmeldungen — war ein günstiges. Die Kosten für die mit Einverständnis des Gauvorstandes unternommene Agitation trug dieser. Die Korrespondenz war eine rege, der Ein- und Ausgaug belief sich auf 101 resp. 116 Postsendungen. Von den Beschlüssen des Verbandstages ist neben der Beitragserhöhung derjenige, welcher den Zahlstellen das Recht giebt, unter Zustimmung des Hauptvorstandes die Mitglieder zur Zahlung eines lokalen Extrabeitrages zu verpflichten, von größter Bedeutung. Ein solcher Beitrag ist von den Mitgliedern der Zahlstelle schon seit langen Jahren erhoben und seit 1895 hat sich die Zahl der ihn nicht bezahlenden Kollegen erheblich verringert; immerhin leisteten ihn im 2. Quartal noch 50 Kollegen nicht. Nach dem 1. Juli wurde der Beitrag, welcher auf 15 Pf. bemessen ist, Pflichtbeitrag. 24 Kollegen mußten zur Bezahlung desselben aufgefordert werden, 14 fügten sich, während 7 austraten und 3 ausgeschlossen werden mußten. Ausgeschlossen wurden wegen Beitragserste Buisch, Altenfelder, Lüdtke, Siebzehner, König, Heide, Schumann, Bauß. Dieser Beschuß fällt angesichts der gebesserten Kassenverhältnisse, welche sich für die Zahlstelle von Nutzen erwiesen haben, nicht ins Gewicht. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich, wie folgt: Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 1927 90 Mark, eine Ausgabe von 1782 67 Mark, also Bestand 145 23 Mark, die Verbandskasse eine Einnahme von 8707 80 Mark, eine Ausgabe von 8600 68 Mark, also Bestand 107 12 Mark. Es gingen ein 13 463 Beiträge à 20 Pf., 12 215 à 25 Pf., 3340 Extrabeiträge à 50 Pf., 165 à 20 Pf. An Reiseunterstützung wurden gezahlt 330 28 Mark, an Streikunterstützung 559 75 Mark, an Nothfallunterstützung 190 Mark. Am Schlusse des Jahres 1899 betrug die Mitgliederzahl 517, aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 1900 167, darunter 7, die ausländischen Vereinen angehören, und zwar 114 Tischler, 14 Drechsler, 29 Stellmacher, 4 Bürstenmacher und 6 Maschinenarbeiter. Am Schlusse des Jahres 1900 waren 485 Mitglieder vorhanden, und zwar: 416 Tischler, 29 Drechsler, 8 Bürstenmacher, 11 Stellmacher, 4 Korbmacher und 17 Maschinenarbeiter. Die Bibliothek wurde von 206 Kollegen in 651 Fällen benutzt. Die Einnahme betrug 18 90 Mk., die Ausgabe 10 40 Mk., also Bestand 8 50 Mk. Die Bibliothek umfaßt 396 Bücher, neuangeschafft wurden 13. Der Arbeitsnachweis funktionirte gut, nur vereinzelt kam es vor, daß Kollegen unter Umgehung desselben sich Arbeit suchten. Am Orte wurde in 529, nach auswärts in 84 Fällen Arbeit vermittelt, während 26 Kollegen sich selbst Arbeit suchten. Arbeitslosentage wurden 2470 gezahlt. Der Lohnausfall beträgt (40 Pfa. pro Stunde gerechnet) 9336 40 Mk. Das Berichtsjahr schließt für die Zählstelle ziemlich günstig ab. Lohnkämpfe fanden nicht statt.

Das Gewerkschaftskartell hielt gestern Abend im Vereinssaale eine öffentliche Versammlung ab, in welcher zunächst Jahres- und Kassenbericht vorgelegt wurden. Wegen Raumwanges können wir dieselben erst morgen unseren Lesern mittheilen. In die Kartellkommission wurden gewählt die Genossen S. Rock, Schneider, F. Rnaack, Formner, F. Lowaack, Bäder, F. Böhlis, Tischler, und F. Körner, Buchdrucker. Aus den sonstigen Verhandlungen ist hervorzuheben, daß über die Anträge der Maurer, welche Vertreter nicht entsandt hatten, zur Tagesordnung übergegangen wurde. Am Montag Nachmittag wird eine Arbeitslosenversammlung stattfinden.

Zur Annahme der Mustervorlage wird dem „Hamb. Corresp.“ von hier geschrieben: „So lebt denn Lübeck's freudliebende und musikverständige Bevölkerung in der freudigen Genugthuung, für fernere 5 Jahre sich einer tüchtigen und stark besetzten Kapelle erfreuen zu können, und man kann sich der Hoffnung hingeben, daß in diesen 5 Jahren auch das letzte Häuflein (!) verschwindet, das heute noch den Verein der Musikfreunde bekämpfen zu müssen glaubt.“ Ein naiver Glaube! Wir werden schon dafür sorgen, daß die Bevölkerung Lübeck's nicht vergißt, wie der wohlhabende Spießer ihr mitgepielt hat!

Der Bürgerausschuß hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. Es fehlten acht Herren mit, Herr Heinrich Thiel ohne Entschuldigung. Die meisten Beschlüsse haben wir bereits gestern mitgetheilt. Nachzutragen ist noch, daß

ein Antrag betr. Nachtrag zu der Bekanntmachung betr. die Bedingungen für den Anschluß elektrischer Leitungen und die Lieferung von elektrischem Strom — es soll in Zukunft die Hektowattstunde für Kraftwerke mit 2 1/2 Pf. berechnet werden, der am 28. November v. J. zur Vorprüfung des Senatsantrages, betr. die Erweiterung der Kessel-, Maschinen- und Akkumulatoren-Anlage des Elektrizitätswerkes eingesetzten Kommission zur Vorberatung überwiesen wurde. Ferner wurde beschlossen, der Bürgerschaft den Antrag zu empfehlen, daß eine gemeinsame Kommission des Senates und der Bürgerschaft eingesetzt werde mit dem Auftrage, den Beamten-Besoldungsetat vom 28. Dezember 1892 nebst Nachträgen dazu einer Prüfung zu unterziehen und nach deren Ergebnis Vorschläge für Abänderung und Ergänzung derselben entgegenzubringen. Der Baudeputation sollen für Reparaturen an den Waggonen 18 300 Mk. bewilligt werden. Endlich ward beschlossen, die Eingabe des Lübecker Lehrervereins wegen Fortfalls der Gehaltsklassen und den dazu erstatteten Kommissionsbericht dem Senate zu überweisen.

Die Bürgerschaftswahlen sind heutzutage nicht ganz so leblos mehr, wie in früheren Jahrzehnten. Die gähnende Interesslosigkeit, welche einst herrschte, schildert eine Korrespondenz aus dem Jahre 1871 (26. Juni), wie folgt: „In dieser Woche beginnen die Wahlen in den städtischen Bezirken, keine Zeitung beschäftigt sich mit den bevorstehenden Wahlen, kein Programm wird aufgestellt. Abgesehen von den offiziellen Anzeigen stattfindender oder stattgefundener Wahlen im „Amtsblatte“ haben allein die „Lübeckischen Blätter“ eine statistische Uebersicht gebracht über die Regelmäßigkeit derjenigen Mitglieder, welche jetzt aus der Bürgerschaft austreten. Tugend eine Nutzanwendung daran zu knüpfen haben sie unterlassen. Unter diesen Umständen ist das Resultat der Wahlen im Voraus nicht abzusehen, wenn man nicht annehmen will, daß die abtretenden Mitglieder, einerlei ob fleißige Besucher oder nicht, einerlei auch welcher Schattirung sie angehören mögen, einfach wiedergewählt werden.“ Das rechte Schilfbürgerthum!

**Schwärzen.** Rationalsoziales. Zur Beantwortung unserer Leser wollen wir mittheilen, was die „Hilfe“ über die v. Gerlach Versammlung zu berichten weiß: „Zum Schluß wurde eine Resolution zu Gunsten der Handelsverträge angenommen. Die zahlreich anwesenden Sozialdemokraten unter Leitung eines lokalen Führers konnten es sich nicht verlagern, eine Resolution gegen „Marinismus und Militarismus“ anzunehmen, ob-

gleich die Wucht des Protestes dadurch nicht wesentlich eingeschränkt werden konnte. Die Lokalpresse brachte einen guten Bericht, der sich über zwei Nummern der Schwartauer und Rensfelder Zeitung ausdehnt.“ Weiter meint der Gewährsmann der „Hilfe“, es scheine dem „Lübecker Volksboten“ arges Unbehagen zu bereiten, daß der biedere Ruhlmann „sich früher zu sozialdemokratischen Ideen bekannt hat“. Das ist echt nationalsoziale Bescheidenheit. Wir haben bekanntlich nur unserer Genugthuung darüber Ausdruck gegeben, daß unsere Partei diesen Konfusionsrath los ist, der vom Sozialismus genau so viel versteht, wie Chambrlain von der Gerechtigkeit. Das deuten die anspruchsvollen Herren in „Unbehagen“ um. — Angeblich will Herr Ruhlmann noch mehr Versammlungen im Fürstenthum abhalten, „sofern ihm die Bündler die Säle nicht abtreiben.“ Vielleicht können wir ihn dann einmal mündlich darüber aufklären, daß er nie ein Sozialdemokrat gewesen ist und hoffentlich nie wieder die fixe Idee bekommen wird, einer zu sein.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Der Altonaer Richteratter des „Höf. Erbbl.“ Karstens, war wegen Verletzung angeklagt, weil er einem Gefangenenhelfer 10 Mark geboten habe, wenn derselbe sein Amtsgeheimniß brechen und ihm sagen würde, wou die Einrichtung des Luftschloßes Heydorn stattfinden. Der Angeklagte bestritt, dem Aufseher ein derartiges Angebot gemacht zu haben, und fügte hinzu, es wäre ja der reize Wahnsinn, wenn er für eine Kleinigkeit, die ihm vielleicht 80 Pf. einbringe, 10 Mk. ansgelien würde. Trotz der eiblichen Bestätigung des Aufsehers kam das Gericht zu einer Freisprechung. — In Heideberg bei Glüde (Kr. Stormarn) brante das Gewebe des Hofbesizers Menzel, in Rüdlig bei Segeberg das Gewebe des Fuhrers Blund mit vielem Vieh, in Nordhasted bei Reamhäuser das Bohnhaus des Schlachters Lienau nieder. — In Flensburg tödtete nach vorangegangenen Streit der Kuecht Sievers den Arbeiter Sittau durch einen wuchtigen Stockhieb auf den Schädel. — In Blumentog bei Lüdern geriet der Landmann Steenje unter sein umkippenbes Fahrwerk und wurde getödtet. — In Rargow bei Waren erschoss sich der dort erst vor kurzem aus der Gegend von Magdeburg zugezogene preussische Arbeiter Kabb. — In Krakow wurden die am Mühlendam belegene Stallungen des Rentners Sauer total, die Stallungen des Schneiders Heide und des Schmieds Wefering zum Theil durch Feuer zerstört. — Ein zweites Opfer der Gasfatastrophe in der Hördmannstraße in Hamburg ist die Frau Stübing geworden, die im Hofentrunkenhause der Gasvergiftung erlegen ist. Die Vergiftung ist, wie wir mitgetheilt haben, durch Gasauströmung in Folge eines Rohrbruchs herbeigeführt.

**Pinneberg.** Politische Bevormundung der Lehrer. Der hiesige Landrath Dr. Scheiff, bekannt als eifriger Sozialistengegner, schickt, wie der „Hilfe“ geschrieben wird, bei Lehrerneuwahlen den Vorgelegten der Bewerber folgendes Schriftstück zu: „Der Lehrer

N. N. hat sich um eine Lehrstelle des diesseitigen Aufsichtsbezirks beworben. Wir ersuchen, uns über die Befähigung des Genannten als Lehrer, über sein omtliches und auferanliches Verhalten, über seine politische Richtung, sowie darüber, seit wann er seine gegenwärtige Stellung verwaltete, mit einer baldgefälligen Mittheilung versehen zu wollen.“ Wäre es nicht weit einfacher, wenn gefragt würde, ob der Lehrer einem Kriegervereine angehört und im Regeln und Statistiken firm ist eventuell noch, ob er sich als Treiber bei Jagden qualifizirt? Eine bejahende Auskunft auf diese weit einfacheren Fragen wäre doch vollkommen genügend!

**Schwerin.** Erhöhung der Lehrergehälter. Die Regierung hat — man höre und staune! — dem Landtage folgenden Besoldungs-Verbesserungsplan vorgelegt: „Eine erhöhte Besoldung erhalten die Lehrer an Klassen mit großer Kinderzahl. Im Domaniumum ist die Höchstbesoldung von 1300 Mk. bei 50 bis 60 Schülern auf 1320 Mk., bei 61 bis 70 Schülern auf 1340 Mk. zu erhöhen. In der Ritterschaft und Landschaf ist das Schulgeld, welches 170 Mk. hinausgezahlt wird, nicht auf das Anfangsgehalt und die Alterszulagen in Anrechnung zu bringen. Die ritter- und landwirtschaftlichen Lehrer erhalten für das Schulkind 3 Mk. jährlich.“ Ausbesserungen also von 20, ja sogar von 40 Mk. jährlich! Wenn die Lehrer nur nicht übermüthig werden bei solcher Leppigkeit der Besoldung! — Schreibt die „Berl. Hg.“

**Briefkasten.**  
**J. W. — A. B.** Nach unserem Dafürhalten wäre das — freisichtlich angedrückt — eine Erregung eines Irrthums durch Unterdrückung wahrer Thatsachen, nämlich derjenigen, daß es nur ein aufgearbeitetes, kein neues Möbel ist. (Vertrag § 263 St. G. B.) Doch würde es im vorliegenden Falle wohl darauf ankommen, ob eine Vermögensschädigung des Käufers eintritt. Zu billigen wäre das Verfahren selbstverständlich auf keinen Fall.  
**Zwei Streitende.** Uns ist nur ein sogenanntes „schwarzes“ Sufarenregiment mit dem „Totentopfe“ in Braunschweig bekannt.  
**Prekominmission.** Heute, Freitag Abend, 8 1/2 Uhr.  
**G. R.** Ihre Anträge ist dem Arbeiter-Sekretariat zur Erledigung überwiesen.

**Achtung, Parteigenossen!**  
 Alle etwaigen Beschwerden über die prinzipielle und taktische Haltung des „Lüb. Volks.“ usw. sind zu richten an den Vorsitzenden der Prekominmission, Genossen **Asmus Beck**, Ziegelstraße 37a.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen wurden hocherrent  
**Friedr. Pistier und Frau,**  
 Lübed, der 24. Jan. 1901. Amalie, geb. Hellwich.  
**Gutes Logis für einen jungen Mann**  
 Johannisstraße 55, 1. Et.  
**Logis für einen Herrn, per Woche 2 Mk.**  
 St. Anneustraße 8.  
**Eine saubere Waschküche gesucht.**  
 Schützenstraße 57, 1. Et.  
 Gesucht zu sofort  
**ein Kleinmädchen bei gutem Lohn**  
 bei Fr. Hauss in Hrodelstorf.  
**Arbeiterinnen**  
 gesucht.  
**F. A. Rieck**  
 Färbereier, Vorbeckstraße 11.  
**Zwei Zogänger zu verkaufen**  
 Meislinger Allee 159.

  
 Sonnabend in der Markthalle, Stand 46-47.  
**Lebende Brachsen, Pfund 40 Pf.**  
 empfiehlt J. C. H. Boy  
 NB. Die Markthalle ist lebend bis 9 1/2 Uhr geöffnet.  
 Schmalzpfund 60 Pf., 24 Melonen 70 Pf.,  
 Leberwurst a. ger. Leberwurst 70 Pf., Preisschmalz  
 und Schmalz 50 Pf., bestes Schmalz 70 Pf.,  
 Bratenbutter 40 Pf., Speiseöl 40 Pf.,  
 prächtiges Kaffeebohnen 30 Pf., Kaffeebohnen (ger. und  
 ger.) 40 Pf., täglich fr. Schwarzwurst, Brod-  
 wurst à 10 Pf. Jeden Sonnabend 5 Uhr warme  
 Fleischwurst, R. Kapfmann.  
**M. Lahrtz, Sütherrstraße.**

**Frishes Kopffleisch**  
 und  
**Brodwurst**  
 und  
**Bratenschmalz**  
 à Pfd. 40 Pf.  
 empfiehlt  
**Ang. Scheere**  
 Heringer Marktstr.

**Arbeitslosen-**  
**Versammlung**  
 am Montag den 28. Januar 1901  
 Nachmittags 3 Uhr  
 im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstrasse 50/52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die herrschende Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen u. Wirkungen.  
 Referent: A. Kasch.  
 2. Discussion,  
 Das Erscheinen aller Arbeitslosen ist erforderlich!  
**Die Kartell-Kommission.**

**Visit-Karten**  
 auf ff. Elfenbeinkarton  
 per 100 Stück von 1 Mk. an  
 liefert prompt und sauber  
**Die Druckerei des Lüb. Volksboten.**  
**Gute Cigarren**  
 100 Stück 2,90 Mk.  
**Mittlere Johannisstrasse 17-19.**  
 Für den Sommerbedarf  
**Brennholz, Bohlenenden.**  
 Th. Kruse, Hahrstraße 60.  
**Frishes hiefige Flohmen**  
 Pfund 65 Pf.  
 Obere Schützenstraße 10 **Haus Wegener.**

  
 Empfehle:  
 Pa. fett. Fleisch, schöne Braten-  
 stücke, täglich frisch. Gehacktes  
 u. Scheibenbraten, Rauhfleisch u. verschiedene  
 Wurstsorten. Sonnabend von 5 Uhr an:  
**Warme Quackwurst.**  
**Johs. Fischer**  
**Engelswisch 52,**  
 dicht bei der Drechbrücke.

**Arbeiter-Notiz-**  
**Kalender 1901**  
 Mit Extra-Beilage  
**Portrait Liebknechts.**  
 Geb. 60 Pf. — Porto 10 Pf.  
 Aus dem Inhalt heben wir hervor:  
 Das neue Anwaltsverordnungs-  
 Gesetz in Frage- und Antwort-Form.  
 — 100 Jahre deutscher Städte-Ent-  
 wicklung. — Der deutsche Flotten-  
 besand und seine oftener 1898 u. 1900.  
 — Adressen der Fabrikantenvereine,  
 Gewerkschaftsorganisationen, Ar-  
 beitervereine, Parteien, etc.  
 — Die wichtigsten Erfindungen und  
 Entdeckungen. — Ergebnisse der  
 Reichstagswahlen 1898 mit den  
 Nachwahlen bis August 1900.  
 Die sozialdemokratische  
**Reichstags-Fraktion**  
 in Wort und Bild  
 unter Berücksichtigung der Ergebnisse  
 der Reichstagswahlen bis August 1900  
 u. s. w.  
 Der Arbeiter-Notizkalender  
 ist ein unentbehrliches  
**praktisches Nachschlagewerk**  
 für Gewerkschafter.  
 Auch jede Buchhandlung beziehbar.  
 Buchhandlung Vorwärts  
 Poststr. 2, Berlin SW.

**Für Sie**  
 haben wir passende Anstern  
**tür wenig Geld**  
 in unserer Fabrik angefertigt,  
**gut u. dauerhaft.**  
 Kommen Sie auf jeden Fall in unser  
 großes Lager  
**Klingenberg Nr. 3.**  
**Gebr. Senff.**  
 Laden zu vermieten  
 Schmalz Pfd. 40 und 50 Pf.  
 Flohmenschmalz Pfd. 70 Pf.  
 Margarine Pfd. 50 und 60 Pf.  
 bei 2 Pfd. 5 Pf. billiger.  
 Solo- u. Vitello-Margarine Pfd. 70 Pf.  
 Sana-Margarine Pfd. 90 Pf.  
 Obere Wabmstraße 10. **Hans Wegener.**

**Achtung!**  
**Postdienerarbeiten!**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
 am Freitag den 25. Januar  
 Abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den  
 verschiedenen Plätzen.  
 2. Kartellbericht.  
 3. Fragekasten und Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu er-  
 scheinen.  
**Der Vorstand.**

**Stadt-Theater**  
 Sonnabend den 26. Januar.  
 (116) Außer Abonnement.  
**König Heinrich.**  
 Sonntag den 27. Januar.  
 (117) 91. Abom-Bork. 16. Sonntags-Abom.  
**Die Puppe.**

## Die Schrecken der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit, diese Pest der kapitalistischen Wirtschaft, ist mehr oder weniger eine ständige Erscheinung unserer Zeit mit ihren immer schlimmer sich gestaltenden Erwerbsverhältnissen. Kommt noch Krieg zu der wirtschaftlichen Misere, so ist bald das Maß des Elends voll. Es treten wirtschaftliche Krisen ein, und alle Bedarfsartikel steigen im Preise, sie sind für das arbeitende Volk kaum mehr erschwinglich, weil die Löhne nicht steigen, sondern im Gegenteil Neigung zum Niedergang zeigen.

Während die Trübsal und Ringe das Volk in kraffester Weise ausbeuten, zur Zeit zum Beispiel durch die Kohlenpreise, die sie gewaltig hinauftrieben, darbt das Volk unter der kapitalistischen Miswirtschaft, die Magazine mit Waaren aller Art wohl anfüllt, aber dem Volke die Kaufkraft bestimmt.

Einsichtige Männer, die keine Ignoranten sind, sehen klar in diese wirtschaftliche Anarchie hinein. So sagt zum Beispiel der schweizerische alt Bundesrath Frey in seiner Broschüre „Sozialdemokratie und Sozialreform“ Folgendes:

„Die Arbeitslosigkeit, vielleicht der wundeste Fleck unserer gesellschaftlichen Ordnung, ist in deren Wesen begründet. Das System der Privatproduktion bringt es mit sich, daß die menschlichen Arbeitskräfte, nach welchen eine Nachfrage nicht besteht, überschüssig werden. Im Großen und Ganzen bezieht sich die Industrie in der Richtung eines stetigen Winderbrauchs an menschlichen Arbeitskräften. Die Arbeitslosigkeit ist heute nicht nur eine permanente Erscheinung im wirtschaftlichen Leben geworden, sondern es kann nicht gezwungen werden, daß sie in stetiger Zunahme und keineswegs etwa in der Abnahme begriffen ist.“

Die Schrecken der Arbeitslosigkeit aber, die zur Zeit wieder recht fühlbar sich zeigen, zeichnete Genosse Robert Seidel in einer 1893 erschienenen Broschüre zutreffend wie folgt:

„Arbeitslos! Welch schreckliches Wort für den Arbeiter! Es bedeutet für ihn Erniedrigung, Landstreicherei, Bettel, Obdachlosigkeit, Hunger, Krankheit und beständige Verführung zu Vergehen und Verbrechen.“

Ist der unverheiratete Mann ohne Arbeit, so greift er um Wanderstabe und zieht von Ort zu Ort, Arbeit suchend, Brod heischend, von dem Unverstand beschimpft, von der Herzlosigkeit gehöhnt, von der Polizei beständig wie ein Verbrecher überwacht. Nach einigen Wochen reißt seine Kleider herunter, sein Körper verfallt, und er erscheint als Landstreicher, dem man scheu ausweicht. Daß und Mache gegen die Welt erfüllen nun entweder sein Gemüth, oder er wird leichtgiltig gegen Recht und Unrecht. Da tritt der Verführer am hundertsten Male an ihn heran und — er thut den ersten Schritt auf der Bahn des Verbrechens, denn weit weg ist sein mahnendes Mütterlein und sein warnender Vater. Als Lump bringt man den verzweifeltsten Eltern den Sohn zurück.

Was ist ein Wunder, daß er fiel? Nein, nein! Er ist ein Unglücklicher, ein Opfer der Gesellschaft.

Trotz tausendfacher Verführung fallen die Meisten nicht, aber Viele werden krank und siech und holen sich den Keim zum frühen Tode.

Schrecklicher noch als für den Unverheirateten ist die Arbeitslosigkeit für den Familienvater, namentlich für den älteren Mann.

Er kann nicht in die Welt hinauslaufen; man würde ihn von vornherein als Stromer betrachten. So läuft er denn jeden Morgen nach Arbeit und jeden Abend kommt er ohne solche heim. Und was trifft er daheim? Ein jämmerliches, verhärmtes Weib und hungernde Kinder.

Im Sommer läßt sich die Arbeitslosigkeit noch ertragen. Es finden sich ein paar Rüben oder Aehren auf dem Felde, man kann die Nächte im Freien zubringen und braucht in einer Herberge theures Schlafgeld für ein Lager voll Unge-

ziefer zu zahlen. Freilich, die Ordnung duldet es nicht, daß der Arme im Freien wohne; ertappt ihn die Polizei, so erhält er Strafe. Warum ging er nicht in ein großes Hotel?

Im Winter arbeitslos zu sein — das ist der Gipfel der Schrecken. Die Kälte hat kein Erbarmen; sie reizt sogar noch den Hunger und raubt entweder dem Hungernden und Frierenden alle Energie, oder treibt ihn rasch zur Verzweiflungsthat gegen Andere oder gegen sich.

O, die Verzweiflung ist zu begreifen, denn was muß der arbeitslos Hungernde und Frierende sehen? Er muß sehen, daß alle Läden und Waarenlager mit Lebensbedürfnissen überfüllt sind; er muß sehen, wie andere sich vergnügen und schmelzen; er muß sehen, wie ungeheure Summen für nichtige Spielereien verschwendet werden, er muß sehen, wie die Hunde und Katzen der Reichen mit Lederbissen gefüttert, mit Pelzen bekleidet und auf Federn gebettet werden.

O, es ist empörend!  
Ja, arbeitslos sein heißt elend sein!“

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Former der Firma Schumann u. Kübler in Erfurt sind in den Zustand getreten. — Die Firma W. Heine, Porzellanfabrik in Gräfenroda, hat sämtlichen organisierten Arbeitern, da sie sich nicht auf das von der Firma vorgelegte Schreiben verpflichteten, aus dem Verbandsauszutreten und ihn in keiner Weise zu unterstützen, gekündigt.

In der Fahrzeugfabrik von Eisenach ist nach der „Leipz. Volksztg.“ ein 20prozentiger Lohnabzug vorgenommen worden. Auch die Hochfelder Fabrik für Eisenkonstruktion und Wellblechbauten in Duisburg hat nach Anschlag die Löhne für sogenannte gelernte Arbeiter um 10, diejenigen für Hilfsarbeiter um 15 pCt. herabgesetzt.

Um die Schäden der Hausindustrie zu beseitigen, haben die Schneider in Nürnberg an die Unternehmer die Forderung auf Errichtung von Betriebswerkstätten ab 1. April 1901 gestellt. Auf diese Forderung sind nur einzelne Antworten eingelaufen, die keine friedliche Lösung der Frage versprechen.

Die Kündigungen der Vorarbeiter und Krahenführer in Köln sind vom Hafendirektor zurückgenommen worden. Die öffentliche Kritik hat also genützt.

Der deutsche Holzarbeiterverband veranstaltet am 15. Februar unter seinen Mitgliedern eine Arbeitslosen-zählung.

Der Porzellanarbeiter-Verband ist in eine heikle Situation gerathen. Die Verbandsgelder sind nämlich bei der Reichsbank auf den Namen des früheren Verbandskassiers deponirt. Nach dessen kürzlich erfolgtem Tode erhoben nunmehr die Erben Anspruch auf den Fonds des Verbandes, der rund 130000 Mk. enthält. Durch gerichtlichen Austrag wird die Sache ja klar gestellt werden und die nach dem Verbandsgeld künftigen Erben werden schließlich nichts erreichen; einseitig ist der Verband aber in fataler Lage. Die Baarmittel sind völlig erschöpft. Der Vorstand mußte daher ein Darlehen aufnehmen. Wenn auch zu erwarten ist, daß der Verband seine Gelder wieder bekommt, so mahnt der Fall doch zur Vorsicht.

Ein Beitrag zur sozialen Lage der Verkäuferinnen in den Waarenhäusern. Die „Rhein. Westf. Ztg.“ erzählt folgenden Geschichten: Der Inhaber eines großen Waarenhauses in Köln berief dieser Tage Abends seine zahlreichen Verkäuferinnen zusammen und hielt an sie ungefähr folgende Ansprache: „Unter Ihnen befinden sich einige Personen, die, wie ich feststellen ließ, sich des Diebstahls in meinem Geschäft schuldig gemacht haben. Die Namen der Ungetreuen habe ich notirt, will sie hier aber nicht nennen und dem Gerichte übergeben. Die Diebinnen

sollen indeß nicht mehr in meinem Hause beschäftigt werden, und so fordere ich sie hiermit auf, morgen früh mein Geschäft nicht mehr zu betreten. Sollten die Ungetreuen es doch noch wagen, hier zu erscheinen, werde ich sie unbarmherzig durch einen bereit stehenden Polizeibeamten verhaften lassen.“ Dann ließ der Geschäftsinhaber die Verkäuferinnen nach Hause gehen. Am anderen Morgen blieben, wie die „R. W.“ meldet, achtzehn Verkäuferinnen dem Geschäft fern. — So bedauerlich der Vorgang an sich ist, falls er auf Wahrheit beruht, so erklärlich ist er auch. Die jungen Mädchen sollen immer anständig gekleidet gehen, dabei erhalten sie meistens eine so geringe Wage, daß sie damit kaum ihr Leben fristen können.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Die Massenhausfuchungen in Pönitz sollen nichts Besonderes zu Tage gefördert haben. Mit ganz besonderer Sorgfalt nahmen die Kriminalbeamten die Durchsuchung der Wohnung des Kreisinspektors Rohde vor; die Hausfuchung hatte ein vollständig negatives Resultat. Die Nachricht von der Verhaftung des Lehrers W. ist nach der „Voss. Ztg.“ unzutreffend. — Ein Brand entstand Dienstag Abend 8 Uhr im Eisenbahndirektionsgebäude zu Danzig, der erst bewältigt werden konnte, nachdem vier Dampfströmer und zahlreiche andere Löschapparate in Thätigkeit getreten waren; das Dachgeschoß ist vollständig ausgebrannt. Zwei Feuerwehrleute wurden durch einen einstürzenden Schornstein erschlagen. — Der Sohn des Mühlenbesizers Hinzmann, der in Königsberg als Regierungsekretär thätig ist, kam nach Mühlhausen in Westpr. zum Besuch seiner Eltern. Hier wollte er eine Scheibenbüchse einschleppen und stellte zu diesem Zwecke hinter dem Garten seiner Eltern an einer Bank eine Scheibe auf. Der Schuß trachte — und im selben Augenblicke sah H. seinen 72 Jahre alten Vater von der Bank hinter der Scheibe zur Erde fallen. Der Schuß war dem alten, der während einer kurzen Entfernung seines Sohnes nichtahnend herbeigekommen war, in den Rücken gedrungen und vorn aus der Brust wieder herausgegangen. Hinzmann sen. war, wie die „Danz. Ztg.“ mittheilt, auf der Stelle todt. Der unglückliche Sohn fuhr mit dem nächsten Zuge nach Braunsberg und stellte sich der Staatsanwaltschaft. — Die schwarzen Boden gewinnen in Jönorazlaw und Umgegend bedrohlichen Boden. Sie sollen von russischen Arbeitern eingeschleppt sein. — Auf der See „Kaiser Friedrich“ bei Barop wurden Dienstag Vormittag infolge eines sogenannten Bläfers fünf Personen leicht verletzt. — Als der Wagenwärter Steinmez aus Trier, der mit dem Mittagsexpresszug Montag nach Metz fuhr, zum Wagenfenster hinausstieg, bemerkte er kurz vor der Station Nennig, wie ein spielendes Kind auf dem Mojeleis einbrach und in die Fluthen hinabfiel. Kurz entschlossen zog der wackere Mann die Nothbremse und brachte den Zug bald zum Stillstand. Eilig sprang er nun zur Unfallstelle hinab und vermochte das mit dem Tode ringende Kind mit eigener Lebensgefahr zu retten. — Die Münchener Polizei hat die Jagd auf den Räuber Kneißel aufgegeben. Die Schutzmannschaft ist aus dem „Kneißel-Gebiet“ vollständig zurückgezogen und der Fahndungsdienst den je nach Bedarf verstärkten Grenzbarrierenposten überlassen worden. Kneißel hält sich noch immer in der weiteren Umgebung von Altomünster auf. Die Meldung, er habe sich ins Ausland geflüchtet, ist nach der Münchener „Allg. Ztg.“ unzutreffend. — Vor dem Kantonsgerichte in St. Gallen hatten sich die Eheleute Jakob und Maria Rütchi von Niedernuzwil wegen einer bestialischen That zu verantworten. Um der Sorge für ihr zweites, einige Wochen altes Knäblein ledig zu sein, entzogen sie dem Kinde absichtlich die Nahrung, so daß es verhungerte. Die Hauptschuldige war die Mutter, welche von dem Gerichte denn auch wegen Mordes mit Zuchthaus auf Lebenszeit bestraft wurde, während das Urtheil über den Vater Rütchi auf fünfzehn Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe zum Morde

## Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

(30. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Der Mann machte auf mich den Eindruck eines harmlosen, ehrenwerthen Menschen, dem man nichts Böses zutrauen konnte — erst später sollte ich erfahren, daß ich mich in den Dienst eines raffinierten Schurken, eines Verbrechers, begeben hatte.“

„Er erzählte mir, was er für ein beklagenswerther Mensch sei. Der Surt enthalte viel Geld, welches ihm rechtmäßig gehöre; trotzdem mache man ihm den Besitz des Geldes freitig und er habe nur durch schleunige Flucht sich und sein Eigenthum vor den Nachstellungen böswilliger Feinde sichern können. Um seine Erzählungen glaubwürdiger zu gestalten, verstand er es mit einer merkwürdigen Sicherheit und Gewandtheit, nähere Details — die hier nicht weiter von Interesse sein können — zu schildern, daß ich mich vollkommen täuschen ließ und seinen Worten Glauben schenkte, wenn es mir auch etwas sonderbar erschien, daß er einem ganz wildfremden Menschen, wie ich es ihm war, in eine solche Vertrauenssache zog. Er fuhr fort, auseinanderzusetzen, daß jetzt Alles darauf ankomme, das Geld für eine bestimmte Zeit irgendwo an einem sichern Ort zu verbergen. Er gedachte in etwa zweieinhalb Jahren nach Amerika auszuwandern; dann wolle er unmittelbar vor der Abreise noch wiederkommen und sein Eigenthum an sich nehmen.“

„Der Mann war außerordentlich höflich und freundlich, erkundigte sich auch nach meinen Verhältnissen, und da er merkte, daß ich ein armer Teufel sei, versprach er mir eine Vergütung von dreihundert Mark, nur müsse ich ein schriftliches Versprechen ablegen, das Geld nie antasten und gegen Jedermann strengstes Schweigen bewahren zu wollen.“

In diesem Falle sollte ich dieselbe Summe noch einmal haben, wenn er zurückkehre. Er mochte mich für einen streng christlichen, vertrauenswürdigen und zuverlässigen Menschen gehalten haben — nun, er hatte sich darin nicht getäuscht.“

„Anfangs kämpfte ich mit einem Entschluß. Wenn ich auch keinerlei Mißtrauen gegen ihn hegte, so war mir die Geschichte doch so sonderbar, daß ich sie mir noch eine Weile überlegte.“

„Dreihundert Mark versprach er mir. In jeder anderen Lebenslage hätte ich sein Verlangen auf alle Fälle rundweg abgelehnt, aber Sie müssen wissen, meine Herren Richter, daß ich mich gerade damals in einer derartig schweren Nothlage befand, daß es für mich eigentlich kein Besinnen geben konnte. Arbeitslos, von allen Mitteln gänzlich entblößt, ohne jede Hilfsquelle und Aussicht auf Broderwerb, dazu eine seit mehreren Jahren schwerkranke, gebrechliche Mutter zu Hause, die ich mit schwerem Herzen leiden sehen mußte, ohne ihr helfen und sie in der rechten Weise pflegen zu können, weil alle Mittel fehlten, ich selbst vom muthendsten Hunger gequält und von Verzweiflung gepeinigt — da mußte mir das Anerbieten des Fremden wie eine Rettung, wie eine Erlösung erscheinen, deren Zurückweisung doch ein Vergehen gegen mein eigenes und meiner Mutter Leben bedeutete.“

„Der Gedanke an meine arme Mutter bestimmte mich, dem Drängen des Mannes nachzugeben. Wir vergruben gemeinschaftlich das Geld an einer Stelle im Walde, die durch beigesetzte Zeichen für den des Terrains Kundigen wieder aufzufinden sein mußte. Ich leistete also das Versprechen auf Mannes- und Ehrenwort und erhielt die Vergütung.“

Anton Hager hielt inne, übermannt von seinen Empfindungen. Richter und Zuhörer horchten theilnehmend und gespannt seiner einfachen und doch so packenden Darstellung.

Der einjame Mensch hatte aber die letzten Jahre so viel geschwiegen, daß das anhaltende Sprechen ihm sehr schwer fiel.

Um so tieferen Eindruck machte es, als die Gewalt seiner Empfindung allmählig das Hinderniß der Sprache vollständig besiegte und die durchdringende Wahrheit seiner Aussagen ihm zu überraschender Klarheit des Ausdrucks verhalf.

„Ich habe das gegebene Wort gehalten und keinen Pfennig des Geldes angerührt in aller Noth und Bedrängniß. Wenn ich aber bedenke, was mich das Schweigen kostete, mit welchen Weiden ich die mir ohne Mühe in den Schoß gefallenen Geldmittel erkaufen mußte, so schreit meine Seele auf um Gerechtigkeit. Sie werden sich erinnern, meine Herren Richter, daß ich schon einmal des Mordes angeklagt gewesen. Wenig Wochen nach der vorhin geschilderten Begebenheit und nachdem ich mit mancherlei Ausgaben Aufsehen erregt hatte, wurde die Leiche eines erschlagenen und ausgeraubten Mannes im Wald gefunden. Sogleich entstand der Verdacht eines Zusammenhangs zwischen jenem Raubmord und meinem Geld, über dessen Erwerb ich mich nicht ausweisen konnte, weil ich sonst zum Wortbrecher hätte werden müssen. Der Verdacht wurde eifrig geführt und genährt von der Bosheit und Böswilligkeit meiner Feinde. Ich wurde sofort in Untersuchungshaft genommen, und wenn ich auch nach langwierigen Untersuchungen wegen mangelnder Beweise entlassen werden mußte, so hatte ich durch den Verdacht doch das Letzte verloren, was ich noch mein eigen nennen konnte — meinen ehrlichen Namen und das Ansehen selbst bei den nächststehenden Mitmenschen. Nur sehr Wenige waren überzeugt von meiner vollkommenen Unschuld, die große Mehrzahl mißtraute mir und wich mir schon aus — sie hielt mich doch für den Thäter.“

„In mir aber erwachte sofort nach der Entdeckung der verstümmelten Leiche das Mißtrauen und der furchtbare Verdacht, daß der Fremde diese That begangen haben könne,

laute. Der Staatsanwalt hatte gegen die unmenschliche Mutter die Todesstrafe beantragt und das Gericht hätte auch, wie in der Urtheilsbegründung angeführt, auf diese Strafe erkannt, wenn die Angeklagte ihr Geständniß nicht widerrufen und so den Beweis auf den Weg der Indizien gewiesen hätte. — In Meidling bei Wien warf eine Frau, deren Mann Lumpenhändler ist, und wegen Veruntreuung verhaftet wurde, ihre beiden Töchterchen, 3 und 2 Jahre alt, vom dritten Stockwerk auf das Straßpflaster und tödtete sich dann selbst durch Sturz aus dem Fenster. Auch beide Kinder sind todt. — An den Kindern einer Frau, die mit diesen aus Brasilien in Pest eingetroffen ist, wurde der Ausbruch der Lepra-Krankheit konstatiert. Die Kinder wurden in das Spital der barmherzigen Brüder gebracht, wo sie streng isolirt werden. — In der griechisch-orientalischen Kirche bei Großwardein feuerte ein junger Mann aus einem Revolver auf den Messe lesenden Pfarrer eine Kugel ab. Bei der Verfolgung wurde der Missethäter vom Publikum lebensgefährlich verletzt. — Den Pulverthurm bei Triest verjuchten unbekannte Individuen in der Nacht zum Dienstag in Brand zu stecken, wurden aber von dem Wachtposten noch rechtzeitig vertrieben. — 10 Offiziere und 60 Mann des Alpenjägerbataillons unternahmen, wie aus Nizza gemeldet wird, Dienstag in einer Höhe von 2300 Meter einen Refognosirungsmarsch und wurden hierbei durch Schneelawinen verschüttet. Mit vieler Mühe gelang es, die Meisten aus dem Schnee zu graben und ins Leben zurückzurufen. 2 Offiziere und 6 Mann werden noch vermißt. — Die Nachricht, in ganz Kleinasien herrsche die Pest, ist unbegründet; weder in Smyrna noch in Konstantinopel ist ein Pestfall vorgekommen. — Ein gewaltiger Orkan hat auf der ganzen norwegischen Westküste von Christiansund bis Tromsøe gewüthet. Von allen Seiten wird furchtbarer Sturm auf dem Meere gemeldet, wie er innerhalb der letzten 50 Jahre nicht vorgekommen ist. Hagel und Schnee gingen nieder, Blitz und Donner wurden beobachtet. Eine große Springfluth überschwemmte die niedrigeren Theile Tromsøes, Trendhiems, Boeoes und Bergens und richtete großen Schaden an Lagern, Brücken, Molen, Straßen, Häusern, Schiffen, sowie an Telephon- und Telegraphenleitungen an. Der Verlust vieler Menschenleben wird besichert. — Eine kolossale Schwindelerei in Versicherungsangelegenheiten ist in New Jersey (Vereinigte Staaten) aufgedeckt worden. Die der Theilnahme Verdächtigen sind bereits verhaftet worden. Die Mitglieder der sauberen Gesellschaften versicherten gegenseitig ihr Leben zu höchsten Beträgen bei allen möglichen Gesellschaften und kannten heimlich vom Bellevue-Hospital die Körper von Verstorbenen, die sie dann als die der Versicherten ausgaben. Erst dadurch, daß man dem Verbleib der Leichen verschiedener im Bellevue-Hospital Verstorbenen nachforschte, kam man den Verbrechern auf die Spur. Vor kurzem wurden mehrere Wärter des genannten Krankenhauses unter der Anklage verhaftet, daß sie durch ihre Mißhandlungen Patienten aus der Welt geschafft haben sollten. Man kann nur hoffen, daß beide grauenhaften Vorgänge mit einander nicht in Verbindung stehen.

**Aus Ultramontane** Nachher „Weltfreund“ veröffentlichte in der Ausgabe vom 13. Januar den Brief des Sinesen Pelzer von der zweiten schweren Hauptbatterie des ostasiatischen Expeditionskorps, der ihm von dessen Angehörigen zur Verfügung gestellt wurde. Der Brief ist vom 10. April, 22. November datirt und enthält folgende Stelle: „Wir bekommen das Trinkwasser von den Chinesen geliefert; ehe wir das Wasser annehmen, müssen die Chinesen von demselben Wasser trinken, denn das Wasser in ganz China ist nämlich vergiftet. Am 19. November haben wir zwei Chinesen, die dies nicht wollten, dreimal aufgefordert, sie sollten trinken; sie tranken aber nicht davon. Da habe ich und noch einer von meinen Kollegen die Ehre gehabt, den erhen Chinesen todzuschießen, was für uns eine Freude war. Wir schonen nämlich niemand!“ — Den alldeutschen und national-liberalen Blättern, welche die von unseren Parteiorganen veröffentlichten Pommernbriefe einfach als Anklagen hinstellen, wird hier Gelegenheit gegeben, amtliche Untersuchungen anstellen zu lassen, denn in seiner Tölpelhaftigkeit hat das ultramontane Blatt den Namen des ostasiatischen Pommern genannt. Wie man dem „Vorm.“ aus Straßburg i. E. berichtet, wird von dem dort anwesigen Bruder eines deutschen Chinesenwilligen der freimüthigen „Straßburger Bürgerztg.“

daß er mich belogen und betrogen habe, und je mehr ich darüber nachdachte, desto festere und bestimmtere Formen nahm dieser Verdacht an. Freilich, volle Gewißheit hatte ich darüber nicht, die Beweise fehlten, aber die Annahme, daß unbedingt dieser Fremde bei dem Morde seine Hand im Spiele gehabt haben müsse, wollte mir nicht aus dem Gedankens gehen.

„Ich überlegte, ob ich unter den eingetretenen Umständen mich durch das Ehrenwort nach gebunden halten könne, ob es nun nicht meine Pflicht erforderte, dem Untersuchungsrichter Alles zu sagen. Ja, bewilligen, wenn die Wuth mich übermannte, sagte mich ein wildes Verlangen, das Geheimniß hinauszuwerfen in alle Welt. Ruhiger geworden, hielt ich es aber für Pflicht, höflich und natürlich, dem Untersuchungsrichter zu berichten. Ich sagte mir nicht ohne Grund, daß meine Erzählung, so wahr sie auch wäre, doch nur als ein albernes, höchst erfindliches Märchen aufgefaßt werden, daß Niemand meinen Worten Glauben schenken würde.

Auch sprach eine innere Stimme in mir, daß ich meinem Verbrechen unter allen Umständen treu bleiben müsse, auch wenn ich hinterher zu der Annahme gekommen, daß ich es einem Schützen gegeben. Wer er ein Clender, wofür ich im Schreien ihn hielt, so dachte ich mich durch einen Wortbruch nicht einer Ungehörigkeit schuldig machen und meinem Charakter antun werden, obgleich es unter den obwaltenden Umständen verzeihlich gewesen wäre.

„Ich schwieg und wartete, bis der Fremde wiederkommen und mich von dem Besprecher entlassen würde. Ich verließ einweilen die Heimath, wo meines Viehens verständig doch nicht sein konnte, und kehrte vor Kurzem, als die Zeit, die der Fremde zur Wiederkehr bestimmt hatte, herangerückt war, mit dem Verlaß zurück, nach der Uebergabe des Geldes dem Schützen das Geständniß seiner Schuld abzugeben, um ihn dann dem Gericht zu überliefern.“

ein Soldatenbrief zur Verfügung gestellt, der „im Vita“ von Tientsin“ geschrieben ist. Der Briefschreiber, ein junger Offizier, erzählt: „Seit gestern Abend steht unser Nachbardorf, das noch zum Theil bewohnt war, in Flammen. Ich war in dem Dorf. Lieber Bruder! Was ich heute hier gesehen habe, stellte mir doch die Haare zu Berge. Die alten Leute flohen, die Weiber wurden meistens von den Männern getragenen. . . Alles, was an Mobilien vorhanden war, wurde herausgeschleppt, was nicht von selber brannte, wurde angesteckt nur aus Muthwillen. Die herumstehenden Särge wurden eingeschlagen, die Leiche von den Leichen geraubt oder in Brand gesetzt. Ein alter Mann saß am Wege und weinte; als ich stehen blieb, sagte er: „Tschau-Tschau“, das bedeutet „Essen“. Ich konnte ihm auch nicht helfen, da ich auch nichts hatte. Nach einer halben Stunde war er schon erschlagen und verbrannt. Sogar Weiberleichen wurden ausgezogen und zu allerhand faulem Mist benützt. Einzelheiten kann und will ich Dir nicht schriftlich mittheilen, da sie mich zu weit führen würden. Die Ursache des Feuers war die: Das Dorf war an einer Seite von Japanern bewacht, deren Wache von Chinesen überfallen und die Wohnhäuser in Flammen gesetzt wurden. Die Wache gehörte also in erster Linie den Japanern, und sollten die deutschen Soldaten sich zur Wache gereizt gefühlt haben, so hätte man doch Todte und Hilflose schonen und ruhen lassen sollen. Mit dieser meiner Anschauung stieß ich auf Widersprüche bei meinen Kameraden. Jeder Chinese, der nur widerstehen oder uns eine freche Miene verzeihen sollte, der muß drauß glauben. Aber an einem hilflosen Kinde für Ketteler nehmen, finde ich als höchstes Unrecht.“ — Das ist also das Zeugniß eines Mannes, der nicht mit den Schandthaten renommirt, sondern der schlicht und schauernd schildert, was er mit eigenen Augen gesehen. Seine Ansichten freilich stießen bei den Kameraden auf Widerspruch.

**Ein Streik der Friedhofsarbeiter.** Einem Thüringer Blatt entnehmen wir folgendes: Vor einigen Tagen sollte das verstorbene Kind des Brauers Förstich auf dem Friedhofe zu Weimar beerdigt werden. Die Leidtragenden und der Geistliche waren bereits anwesend, als sich herausstellte, daß die Beerdigung nicht stattfinden konnte, weil kein Grab für die Leiche hergesteltt werden war. Die Beerdigung mußte verschoben werden und fand am nächsten Tage statt. Selbstverständlich beklagte sich der Vater des verstorbenen Kindes. Auf seine Weisung wurde ihm von einem städtischen Beamten die Mittheilung, daß die Verzögerung der Bestattung die Folge eines Ausstandes der Friedhofsarbeiter sei, welche wegen Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt hätten.

**In Konstantinopel** send nach dem „Verl. Tagebl.“ am Dienstag bei der Zeremonie des Handkusses im Thronsaal von Selima-Baigische gelegentlich des Bairam-Festes ein unliebamer Zwischenfall statt. Als nämlich die Generale desilirt, bekam plötzlich gerade vor dem Sultan ein alter Pascha einen Schlaganfall und stürzte vor dem Thronessel zu Boden. Augenblicklich glaubte der Sultan und seine Umgebung an ein beabsichtigtes Attentat. Eine große Verwirrung entstand und die Zeremonie wurde nach der Entfernung des Hingestürzten bedeutend abgekurzt. Man ist überhaupt nervös im Palais. Die Jungtürken erließen wieder ein Manifest, worin sie den Herrscher und die Regierung anklagen. Auch die Bevölkerung läßt sich durch die Drohungen mit bevorstehenden Unruhen einschüchtern. Das beweist ein Fall in Stambul, wo in Folge eines Diebstahls bei einem Wechsel, angeblich seitens eines betrunkenen Offiziers, und der Verhaftung des Diebes eine solche Panik entstand, daß alle Läden geschlossen wurden, da man den Zusammenlauf von Menschen dabei für den Anfang einer Empörung oder eines Gemetzels hielt.

**Ein beleidigter Duellmörder.** Der radikale italienische Deputirte Cavalotti war bekanntlich in einem Duell mit einem reaktionären Abgeordneten Namens Maccola getödtet worden. Der Duellmörder wurde von der öffentlichen Meinung in der heftigsten Weise angegriffen; die Presse laßt aller Parteien war entzündet, daß der robuste Maccola seine körperliche Ueberlegenheit in der brutalen Weise gegen den alten Cavalotti ausgenützt hatte. Auch der „Avanti“ in

„Er kam und ließ Andeutungen fallen, die meinen Verdacht bekräftigten. Er mußte erfahren haben, daß man mich für den Mörder gehalten und daß ich von der öffentlichen Meinung fortgesetzt beargwöhnt werde. Warum war er nicht angetreten, meine Unschuld zu beweisen? Er hätte es thun müssen, wenn er nicht Urtheil gehabt hätte, sich selbst vor dem Gericht zu hüten. Warum diese Feindschaft, dieses schändliche Wesen, wenn kein Unrecht bei dem Besitz des Geldes war?“

„Warum trieb es ihn, in der ersten halben Stunde, die wir zusammen waren, dieses Verbrechen zu erwähnen — er mußte wissen, wie die Erinnerung an das unschuldig Ertrittene mein Blut vergällte. — Aber er war ein erbloser Schurke, keiner echten Regung und Sinnesrichtung fähig.“

„Zu alledem reizte er mich durch größtliche Beleidigungen und Verdächtigungen zum Zorn, von denen ich mich hüten mußte, die That zu begehen, deren ich angeklagt bin, und deren Einzelheiten die Herzen ausmalen werden — ich kann es nicht.“

„Meine Herren Richter, ich erwarte den Urtheilspruch, ich verlange keine Schonung. Freiheit oder Gefängniß, das bleibt für mich dasselbe!“

Anton Schwieg und in der feierlichen Stille, die hier herrschte, hörte man ein gewaltigem unterdrücktes Schluchzen aus dem Zuhörerraum.

Die Gewalt seiner Sprache hatte selbst die kalten, im freien Umgang mit Verbrechern abgehärteten Juristen gepackt und ihnen eine gewisse Theilnahme abgenöthigt.

Die Zengen, die jetzt vortraten, bestätigten im Wesentlichen das, was Anton bereits ausgesprochen oder doch wenigstens angedeutet hatte und förderten neue Momente nicht zu Tage.

Anton erhob sich der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Major Feldner.

Seine feurige, jeden menschlichen Herz angenehm berührende Rede war keine Anklage, keines der bekannten staats-

Rom hatte die That Maccolas scharf kritisiert. Dieser sich beleidigt und stellte Straf Antrag; der Redakteur sozialistischen „Avanti“ wurde dieser Tage wegen Beleidigung des Duellmörders zu elf Monaten Gefängniß zu 1000 Fr. Geldstrafe verurtheilt!

**Preise von einst und jetzt.** Die „Bosische Zeitung“ nach dem „Figaro“ einige Aufschlüsse über die Veränderung der Preise zu Paris in abgelaufenen hundert. Von 1800 bis 1820 konnte eine Person 100 Fr. (1 Fr. gleich 80 Hg.) den Monat ebenso gut kommen wie jetzt mit 250. Das Doppelpfund kostete 1800 bis 1820 bloß 18—20 Cts., jetzt 30—35. zutage wird in Frankreich das Zehnfache an Fleisch gewie zu Anfang des vorigen Jahrhunderts. Zur Zeit Revolution kostete das Kilogramm Rindfleisch 0,6 1,70 Fr. im Großen. Das Fleisch ist heute ungleich als damals. Im Jahre 1800 kostete das Dugend 0,30 bis 0,70 Fr., jetzt 1,20 bis 1,80 Fr. Der Preis Butter hat sich verdoppelt, derjenige der Milch, der 0,15 Fr. der Liter, verdreifacht. Dagegen ist der Preis Fische auf die Hälfte gesunken, dank den Eisenbahnen den Absatz sichern; infolgedessen hat die Seefischerei großen Aufschwung genommen. Den gewöhnlichen Preisen heute, im Wirthshaus aber hat sich der Preis verdoppelt. Die stärkste Steigerung haben die Preise der Grunderträge und damit auch die Miethe erfahren. In Boulogne-Saint-Germain werden jetzt für dieselbe vorer Wohnung, die unter dem ersten Kaiserreich für 1200 Fr. haben war, 6000 Fr. gezahlt. Für 1500 Fr. hatte damals ein Haus, 6000 Fr. Miethe galt als große Summe. Gegenwärtig kommen in der Avenue de Boulogne im fünften Stock Wohnungen auf 10 000 zu stehen; natürlich groß und prächtig, mit Fahrstuhl versehen. Die theuersten Miethe werden hier im dritten und dritten Stock bezahlt, erster und vierter etwas billiger. 1830 kostete der Flachmeter Boden auf Boulevard des Italiens 60 Fr., jetzt 1800 bis 3000 Letzterer Preis wird auch in der Avenue de l'Opera bei Schloß und Park La Motte am Bois de Boulogne erbracht. Trau Crach 1843 für 800 000 Fr. vom Staat, wo dort Baustellen gesucht werden, wird die Liegenenschaft 15 bis 25 Millionen Fr. geschätzt. Seit 1870 ist der Preis des Flachmeters in der Umgebung des Arc de l'Etoile um fast von 30 auf 500—650 Fr. gestiegen. Das vorn Paris dehnt sich nach Westen aus, daher kommen dort auffallendsten Preissteigerungen vor.

**Synchusis in Portugal.** Wie aus Lissabon berichtet wird, herrscht in Portugal eine wahre Epidemie von Synchusis. Im letzten Monat verging kaum ein Tag, ohne ein Wort begangen wurde, und in den meisten Fällen ist Synchusis bis jetzt noch unentdeckt geblieben. An einem letzten Tage kam ein Landmann aus Duteiro bei So nach Hause und fand Schußladen und Puffer offen und Werthhachen geraubt. Auf eine Nachfrage in der Nachbarschaft erfuhr er von einem Hirtenknaben, daß ein fremder Mann in der Richtung zum Bahnhof vorbeigekommen sei. Der Landmann folgte ihm und ermittelte, daß der Knabe dächte mit dem eben abgefahrenen Zuge auf und davon gegangen war. Da sein Schwager ihn begleitete, fuhr er dem nächsten Zug nach und erreichte den ersten in Zell. Dort fand er den Mann in einem Wagen 3. Klasse forderte von ihm sein Eigenthum zurück. Der Dieb sprang heraus um zu entfliehen, aber der Landmann hielt ihn schnell sammelte sich eine Menschenmenge um die Beute. Als der Dieb sah, daß er nicht entkommen konnte, mer einen Arm frei, zog einen Revolver und schloß auf Landmann, traf ihn jedoch nicht. So feuerte er noch mal in die Menge, tödtete den Lehrer des Ortes und wundete einen anderen Mann am Kopf. Dadurch geriet die Bauern herart in Wuth, daß sie den Mann mit i Mitteln angriffen, todtschlügen und seinen Kopf in formlose Masse zerschmetterten. Bis jetzt war in Portugal noch keine Synchusis vorgekommen.

Der 24. Januar 1880. 24 Januar 1286 Paris, davon vom Norden. — S. 54—55. — S. 51—55. — S. 47—52.

anwaltschaftlichen Verdommungsurtheile, sondern eine M die das wahre, nur niedrigen Motiven entpringende Un unbarmherzig an den Pranger stellte, dem verkannten böswillig oder unbewußt verkenndeten Recht aber a Schuß angezeihen ließ.

„Der Angeklagte“, so schloß er, „hat mit einer w haft sittlichen Größe unschuldig das schwere Verbrechen e Anderen länger als zwei Jahre lang mit einem Leben zahlen müssen, das ich meinem ärgsten Feind nicht wünsch möchte. Er hat in Allem nicht einmal der Verurtheil unterlegen, sein Wort zu brechen, trotzdem es ein Clender war, dem er es gegeben. Ja, ein Clender war es, ein L brecher, der schon früher mehrfach mit dem Strafgeset Konflikt gekommen war, obwohl er sich in Lebensverhältni befunden, die ein Vergehen nicht rechtfertigen konnten. hatte nach Allem, was wir von seiner Vergangenheit wif guien Grund gehabt, seine Bewegungen ganz geheim halten“ —

Und nun verlas er die Aufzeichnungen, die er über Geständniß Friedrich Brudner's gemacht, sowie den Verlauf desselben, entwarf in kräftigen Zügen ein naturgetre Bild von dessen Vorleben und schloß hinsichtlich des Klagen.

„Weider gestattet unsere Strafgesetzgebung keine V nahmeregeln, die hier sehr am Platze wäre, kein Abweic von den niedergeschriebenen Grundsätzen. Eine Verurtheilung muß erfolgen, aber mich dünkt, die uns zur Verurtheil stehenden Strafmilderungsgründe sind für diesen Fall zu ausreichend, eine gerechte Form der Verurtheilung zu k stzuiren. Ich beantrage das für diese Straftat zulässige ringste Strafmaß, drei Monate Gefängniß.“

Der Gerichtshof zog sich zur Verathung zurück, kurze Zeit darauf wieder zu erscheinen.

(Fortsetzung folgt.)